

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Bestellgeld.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 18698.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Insertate werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Str. 19/21. Telephon 3721. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Tageskalender.

Die Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter beschloß infolge der durch das neue Verfassungsgesetz entstehenden Schwierigkeiten die organisatorische Umwandlung des Verbandes.

Nach Meldungen aus München sind in Süd- und Südwestdeutschland 20 000 Arbeiter wegen Beteiligung an der Raiffeisen ausgepfändert worden.

In der italienischen Provinz Parma sind 50 000 Landarbeiter in den Streik eingetreten.

Politische und wirtschaftliche Kämpfe in England.

Leipzig, 4. Mai.

Aus London schreibt man uns: Die Erneuerung der Regierung, die der Premierministerwechsel verursachte, hat die Bornaahme mehrerer parlamentarischer Nachwahlen erforderlich gemacht. Drei haben bereits stattgefunden und vier werden im Laufe der nächsten zwei Wochen vorgenommen. Für uns sind nur jene Nachwahlen wichtig, an denen sich sozialistische oder Arbeiterkandidaten beteiligen, wenn auch allgemein politische Fragen von internationalem Interesse nicht außer Betracht zu lassen sind. Eine Wahl, bei der beide Momente sich zusammensanden, war die am 25. April in Manchester vorgenommenen. Dort standen sich drei Kandidaten gegenüber: der zum Handelsminister ernannte Winston Churchill, der besonders den Freihandel vertrat; dann der konservative Johnson Hicks, ein unbekannter Politiker und Anhänger der Tarifreform im schützöllnerischen Sinne; schließlich Genosse Irving, Mitglied der sozialdemokratischen Partei (früher sozialdemokratische Föderation genannt). Churchill ist einer der interessantesten Politiker Englands. Er entstammt der Adelsfamilie Marlborough und hat also konservative Traditionen ererbt. Aber seitdem Chamberlain mit seiner Tarifreform auftrat, wandte sich Churchill gegen ihn und trat schließlich in die liberale Partei ein. Obwohl erst einige dreißig Jahre alt, hat er sich als Redner und Schriftsteller einen großen Ruf erworben. Wenn er gesund bleibt, wird er früher oder später Premierminister sein. Im Ministerium Campbell-Bannerman war er Unterstaatssekretär der Kolonien; beim Premierministerwechsel wurde er zum Handelsminister befördert und mußte sich deshalb einer Neuwahl unterziehen. Im Jahre 1906 gewann er von den Konservativen den Wahlkreis Manchester (Nordwest), den er

jetzt zu verteidigen hatte. In den letzten zwei Jahren hat sich indes die Stimmung des Landes vielfach geändert. Es ist fraglich, ob die Freihandelsidee tatsächlich an Ansehen eingebüßt hat, allein die Nation kommt nach und nach zur Ueberzeugung, daß sie mit dem gegenwärtig herrschenden Steuersystem nicht imstande sein würde, das Flottenwettrüsten auszuhalten. Die günstigere Haltung dem Schutzzollsystem gegenüber scheint nicht so sehr wirtschaftlichen Gründen als steuerpolitischen Bedürfnissen zu entspringen. Gegenwärtig werden die englischen Staatsausgaben ungefähr zur Hälfte durch direkte Steuern gedeckt. Die besitzenden Klassen wollen sich aber nicht mehr belasten lassen und versuchen das System der indirekten Steuern zu begünstigen, um die Rüstungskosten auf die Schultern der Massen abzuwälzen. Dies scheint der Hauptgrund der Erfolge der Konservativen bei den in den letzten zwei Jahren vorgenommenen Nachwahlen zu sein. Und so war es auch in Nordwest-Manchester: der Freihändler Churchill wurde geschlagen. Für uns ist indes dieses Resultat nicht so wichtig wie die äußerst geringe Stimmenzahl, die auf den Genossen Irving fiel: sie betrug nur 276 und blieb absolut ohne Einfluß auf das Gesamtergebnis. Wir haben neulich die Taktik der sozialdemokratischen Partei vom theoretischen Standpunkte aus gekennzeichnet, und am selben Tage als der Artikel erschien, bestätigte die Praxis unsere Ansichten. Die Partei kümmerte sich nicht um die in der Arbeiterpartei organisierten proletarischen Massen, die dort eine sozialistische Kandidatur für aussichtslos hielten, sondern wollte aus rein persönlichen Gründen den Liberalen eine Niederlage bereiten. Nun ist es einer der schlimmsten Fehler in der Politik, sich von persönlichen Motiven leiten zu lassen, aber dieser Fehler ist fast unvermeidlich, wo eine politische Organisation einen Sektenscharakter annimmt — also sich von den Massen fernhält. Irvings Kandidatur hat nicht nur nichts genützt, sondern sie hat dem Ansehen der Sozialdemokratie direkt geschadet. Sie hat aller Welt gezeigt, daß die sozialdemokratische Partei nicht einmal heißen kann, denn auf den Verlust des liberalen Mandats haben die 276 sozialdemokratischen Stimmen nicht den geringsten Einfluß gehabt. Die Wahl dürfte die sozialdemokratische Partei etwa 5000 bis 6000 Mk. gekostet haben.

Churchill kann aber nicht Handelsminister bleiben, wenn er nicht zum Parlament gewählt wird. In einem parlamentarischen regierten Lande kann der König erst dann einen Politiker zum Minister machen, wenn dieser vorerst als Abgeordneter gewählt wird, — eine Ausnahme bildet in England ein Mitglied des Oberhauses, das keiner Volkswahl bedarf; ebenso brauchen die Minister der Vereinigten Staaten von Amerika nicht vom Volke gewählt zu werden, sie werden vom Präsidenten ernannt, aber der Präsident selbst geht aus den Volkswahlen hervor. Also Churchill kann nicht Minister werden, ohne

vorher parlamentarischer Abgeordneter zu sein; er muß sich demgemäß einen andern Wahlkreis suchen. Er würde jetzt in Dundee aufgestellt, wo ihm ebenfalls ein Konservativer und ein Mitglied der Arbeiterpartei als Kandidaten entgegenstehen.

Eine weitere Nachwahl, bei der ein sozialistischer Arbeiterkandidat in Betracht kommt, wird in Montrose durchgeführt. Diesen Wahlkreis vertrat John Morley, der anlässlich des Premierministerwechsels die Pairwürde erhalten hat, das heißt ins Oberhaus berufen wurde und deshalb seinen Sitz im Unterhause aufgeben mußte.

Zumitteln dieser Wahlkämpfe tobt im Schiffsbau- und am Clyde und am Tyne (im Norden Großbritanniens) ein industrieller Kampf zwischen Kapital und Arbeit, der etwa 80 000 Arbeiter mit einer Aus-sperrung bedroht. Die Ursache des Kampfes ist der Versuch der Unternehmer, die wirtschaftliche Krise zu Lohnherabsetzungen auszunutzen. Der erste Versuch wurde in Newcastle gemacht und führte zu einem Streik der Arbeiter und zu einem Konflikt innerhalb des Maschinenbauerverbandes. Der Sekretär des Verbandes, Genosse Barnes, riet zu einem Ausgleich, indem er ausführte, es sei nicht klug, bei niedergehender Konjunktur sich in einen Kampf einzulassen, der nur die Interessen eines kleinen Teils des Verbandes betrifft. Da die dortigen Maschinenbauer jede Unterhandlung ablehnten, legte Barnes seinen Posten nieder. Der Streik dauert noch. Bald darauf kam es auch zu Differenzen am Clyde, wo die Unternehmer die höchsten Wochenlöhne um 1.50 Mk. herabsetzen wollten. Einige Organisationen nahmen die Herabsetzung an, während andere den Streik vorzogen. Das war gegen Ende Januar. Es kam sodann zu Unterhandlungen, die indes fruchtlos blieben. Auf einer Konferenz vom 25. März in Edinburgh erklärten die Unternehmer, von dem ursprünglichen Vorschlag nicht abgehen zu können. Die Gewerkschaftsvertreter schlugen sodann vor, die Angelegenheit einem Schiedsgerichte zu unterbreiten. Die Arbeiter nahmen durch Urabstimmung diesen Vorschlag an, allein die Unternehmer lehnen jede Vermittlung ab. Am 25. April sandten die Unternehmer ihr Ultimatum ab: entweder Aufnahme der Arbeit oder allgemeine Aussperrung. Die Frist läuft am 2. Mai ab. Ist der Streik bis dahin nicht beendet, so erhalten etwa 80 000 Arbeiter ihre Kündigung.

Die Lage im nordbritischen Schiffsbau- und am Clyde ist tat-sächlich nicht so gut, wie in früheren Jahren, aber sie ist keineswegs schlecht. Und der russische Auftrag zum Bau von fünf großen Linienschiffen auf britischen Werften — ein Auftrag, der sich auf ungefähr 200 Mill. Mark beläuft — wird den Schiffsbau wieder beleben. Ebenso dürfte der nächstjährige britische Marineetat sehr bedeutend sein.

Seuiletton.

Der Eindringling.

Roman von Masco Ibáñez.

Aus dem Spanischen überseht von Julio Brouté.

50] (Nachdruck verboten.)

Das kleine Haus, das inmitten der ungeheuren Zubauten noch kleiner zu sein schien, war unstreitig das schönste, was hier zu sehen war. Es war ein zweistöckiges Schlößchen, in dem die Uebergangsperiode des 15. Jahrhunderts zum Ausdruck kam; es war dies die Zeit, in der im katholischen Spanien noch Mauren vorhanden waren, und in ihrem Baustil macht sich noch ein orientalisches Hauch bemerkbar. Das untere Stockwerk, das größte und stärkste, war aus großen Haussteinen gebaut. Es hatte nur wenige Fenster, wie die maurischen Häuser, und diese waren schmal und tief wie Schießscharten; eine wahre Burgmauer, um hinter ihr sicher vor Ueberfällen und Belagerungen zu leben. Das obere Stockwerk war leichter gebaut, aus roten Backsteinen, und an den vier Ecken war je ein herborspringendes Wachtürmchen. Zwei zierlich ineinander verschlingende arabische Bogenreihen zierten sich rund um die Fassade hin und bezeichnen die Grenze zwischen den zwei Stockwerken. So düster und verschlossen das Aussehen des unteren Stockwerks ist, so freundlich und heiter ist das des oberen.

Aresti glaubte in diesem Gebäude etwas von der Zwi-pfältigkeit im Charakter des Ritters Inigo de Loyola, wie er in seinen Jugendjahren war, wiederzufinden. Als sein innerer Drang sich verdichtete, und sein Wille endgültige Formen annahm, verwandelte sich das maurische Schlößchen in Rauch und brach zusammen, und es blieb

nur die düstere, steinerne Basis bestehen mit ihrem zerker- und festungsähnlichen Aussehen.

Die Portiersloge öffnete sich, und der Laienbruder kam zum Vorschein.

„Gelobt sei Jesus Christus!“ sagte er mit süßlicher Stimme, indem er das Haupt neigte und zugleich die Augen erhob, um mit raschem Blick den Besucher zu messen.

Es war ein Jüngling, bei dem die Dünne des Halses mit der Dicke des Popfes einen seltsamen Kontrast bildete. Große abstehende Ohren, wie Fächer ausgespannt, vervollständigten seine groteske Physiognomie.

Er trug eine etwas abgenutzte Soutane und Filz-schuhe, auf denen er ohne jedes Geräusch herumstapelte. Das Schuhwerk eignete sich ganz vorzüglich zum Aus-spionieren und zum Belauschen von Gesprächen in den Klostergängen.

Er durchquerte den Hof, indem er von seinen Filz-socken sprach, die mit größter Leichtigkeit auf dem feuchten Boden sich voll Wasser saugten. Eine Abtötung mehr; alles zum größten Ruhme Gottes! ... Und sie betreten das in eine Kapelle umgewandelte Schlößchen. Dort nah-men die Damen ihre Übungen vor, da sie das eigentliche Kloster nicht betreten durften.

Sie stiegen die Treppe hinauf, die auf jedem Absatz mit Heiligenbildern geschnitten war, und gelangten in den früheren Nittersaal, wo sich jetzt die Kapelle befand. Was dem Besucher zunächst auffiel, war die geringe Höhe der Decke. Man konnte diese mit der Hand berühren; es war, als erbrüde sie mit der Wucht ihres massiven Gebälks, das über und über vergoldet war und Blumenzierat in seinen tiefen Kassetten zeigte.

Der Bruder erklärte nicht ohne Stolz den Ursprung der Gemälde und Seidenstoffe, die die Wände schmückten. Es waren Geschenke von Prinzessinnen und Königinnen, Dankbarkeitsbezeugungen der der Gesellschaft Jesu unterworfenen erlauchten Gewissen. Im Hintergrund stand

der Altar, und am unteren Teil befand sich ein großer Glaskasten, in dem sich eine Art Wachsfigurenkabinet befand. Hier sah man den Heiligen Ignatius, wie ein Held des klassischen Theaters mit Kniehosen und kurzem Mantel bekleidet, auf einer dünnen Matratze ausgestreckt, ein Buch lesen. Eine versteckte Batterie von elektrischen Lichtern erleuchtete diese Jahrmarktsausstellung.

Der Bruder konnte jedesmal, wenn er diesen Teil des Altars Fremden zeigte, seine Bewunderung nicht verhehlen, trotz der langen Jahre, seit denen er schon dieser Verrichtung oblag. Seine Wachsfigur war die Don Inigo de Loyola, als er noch nicht daran dachte, der Heilige Ignatius zu werden und seinen Orden zu gründen. Er war dargestellt, wie er, nach der Belagerung von Camp-lona am Seine durch einen Büchsenenschuß schwer verwundet, die Geschichte der Heiligen Jungfrau las, welche Lektüre zum Ausgangspunkte seiner Befehring wurde.

Mit der Stimme eines überzeugten Cicero schilderte der Bruder dem Doktor die Geschichte des Heiligen.

„Gott sandte ihm seine Gnade, als er in der Genesung begriffen war, und Don Inigo vergaß alles Weltliche, obgleich er bisher ein leichtlebiger galanter Cavalier ge-wesen; denn unser heiliger Vater Sankt Ignatius gehörte dem Militärstande an, wissen Sie, dem Militärstande.“

Und letzteres Wort wurde vom Laienbruder mit dem Ausdruck der höchsten Bewunderung und Ehrfurcht aus-gesprochen. Dem armen Mann, der selbst schwächlich und mißgestaltet war, ging nichts über die Kraft, die Statt-lichkeit, die glänzenden Uniformen. Und bei der Erwäh-lung des Umstandes, daß der Gründer des Ordens das Waffenhandwerk ausgeübt, lächelte er verschämt, als ob ihm die lockere Lebensweise und die Beliebtheit der Militärpersonen bei den Frauen vorschwebte, eine Gunst, die der Heilige vor seiner Befehring sicherlich auch in weitem Maße genossen hatte. Er war stolz auf den Adel und die ritterlichen Abenteuer seines Heiligen, den er mit den Gründern anderer Orden verglich, die zumeist elende

Reichstag.

148. Sitzung vom Sonnabend, 2. Mai, 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Schwob, Nieberding, Kraetke.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen wird die zweite Lesung über den Versicherungsvertrag fortgesetzt. Die Kommission schlägt dazu zwei Resolutionen vor, welche die Prüfung der landesgesetzlichen Strafbeschlüsse wegen Lebensversicherung und die baldige Vorlegung eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Werkstätten fordern.

Abg. Döte (freif. Vg.) bekämpft den gestern mitgeteilten sozialdemokratischen Antrag. Die Betriebskassen lassen zu wünschen übrig; die Frage läßt sich aber nicht im Rahmen dieses Gesetzes regeln.

Abg. Cuno (freif. Vp.) spricht sich in ähnlichem Sinne aus, gibt einige Schattenseiten der Betriebskassen zu, verweist aber sehr ausführlich bei ihren Mängeln.

Abg. Dengelbach (Soz.): Die Wohlfahrtsvereine sind durchweg nur eine Wohlfahrtskapelle für die Arbeiter. Die Arbeitszeit selbst hat in einem unbewachten Moment zugenommen, daß die Aufwendungen, die die Arbeitgeber machen, den Arbeitern vom Lohne abgezogen werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Empörung über die Mißstände in den Werkstätten greift immer weiter um sich. Unser Antrag wendet sich weiter gegen den skandalösen Zustand, daß die Invalidenrenten und die Militärpensionen auf die erworbenen Pensionsansprüche voll angerechnet werden. Ferner verlangen wir, daß die Versicherungsleistungen nicht aus Gründen entzogen werden, die nicht aus dem Wesen des Versicherungsvertrages selbst folgen. Das ist dringend notwendig, weil wir Unternehmer haben, die systematisch Arbeiter entlassen, um sie um ihre Pensionsansprüche zu bringen. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Vielfach werden die Betriebskassen auch dazu angewandt, die gelben Gewerkschaften zu begünstigen. (Schlußruf rechts.) Ich schließe, wenn es mir gefällt. (Wabst bei den Soz.) Die Arbeiter wollen keine Wohlfahrtsvereine, sondern ihr Recht. (Wabst bei den Soz.)

Abg. Sasse (Soz.): Mein Kollege Sebering hat genügendes Material vorgebracht, um die Notwendigkeit unserer Forderungen zu beweisen. Er hätte noch mehr Fälle vorgebracht, wenn ihm nicht das Wort abgebrochen wäre. (Sehr wohl! bei den Soz.) Ist es nicht empörend, wenn man alle Arbeiter entläßt, bloß um sie der Pensionsansprüche zu berauben? Wenn jetzt unsere Anträge abgelehnt werden, so werden wir sie bei anderer Gelegenheit wiederholen. Auch dem Zentrum scheinen jetzt die Augen über die wahre Natur der Werkstätten aufzugehen. Wir haben auch beantragt, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Knappschaffskassen nur insofern von diesem Gesetze unberührt bleiben sollen, als bei ihnen die geheime Wahl besteht. Nur die geheime Wahl gibt die Gewähr dafür, daß die Kassen wirklich im Interesse der Arbeiter verwaltet werden.

Abg. Wiesberts (Zentr.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Cuno, aber auch gegen den sozialdemokratischen Antrag, dessen Tendenz zu billigen sei, der aber eine Materie behandle, die nicht in diesem Gesetz zu regeln sei.

Abg. Schulz (Reichsp.) tadelt auch, daß man Arbeiter entlasse, um sie der Pensionsansprüche zu berauben, verteidigt aber unter lebhaftem Beifall der Rechten die Firma Krupp.

Unter Ablehnung der Anträge Albrecht wird die Vorlage und die Resolutionen der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage über die Erleichterung des Wechselprotokolls.

Die Abgg. Dr. Brunstermann (Reichsp.), Dr. Welzer (Zentr.), Quast (nat.-lib.) stimmen der Vorlage zu.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) begründet einen Antrag Albrecht auf Festlegung der Gebühren. Man kann der Postverwaltung keine Blankovollmacht geben. Wir haben zu üble Erfahrungen mit ihr gemacht. Mit der Grundtendenz der Vorlage sind wir im übrigen einverstanden.

Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke erklärt den Antrag Albrecht für unannehmbar.

Unter Ablehnung des Antrags Albrecht wird der Gesekentwurf in der Kommissionsfassung angenommen.

Der Entwurf über Haftung des Tierhalters wird auf Antrag v. Treuenfels (konf.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Das Gesetz über den Unterstufungswohnitz wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über den kleinen Befähigungsnachweis.

Nach den Kommissionsbeschlüssen sollen die Bestimmungen auf Lehrlinge in staatlich anerkannten Lehrwerkstätten und unter bestimmten Voraussetzungen auf die Lehrverhältnisse zwischen Eltern und Kindern keine Anwendung finden.

Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen, daß die Bestimmungen der Handwerkskammern über die Ausbildung der Lehrlinge auch auf das zwischen Eltern und Kindern ohne Lehrvertrag bestehende Lehrverhältnis Anwendung finden, so-

wie, daß das Lehrverhältnis bei Beginn vom Lehrherrn der Handwerkskammer anzuzeigen sei.

Abg. Jrl (Zentr.) beantragt und begründet eine anderweitige Fassung des Kommissionsantrages, die sich dem sozialdemokratischen Vortrage nähert.

Abg. Albrecht (Soz.): Wir werden gegen die Vorlage stimmen, die in der Kommission noch verfeinert worden ist. Wir tun das auf die Gefahr hin, wiederum als Handwerksfeinde benannt zu werden. Wir sind durchaus keine Feinde des Handwerks und wären gern bereit, für Gesetze zu stimmen, die dem Handwerk wirklich helfen können. J. A. sind wir gern für die Ausdehnung der Versicherungsrechte auf die kleinen Gewerbetreibenden und die kleinen Landwirte zu haben. Ebenso würden direkte Reichssteuern an Stelle der Verbrauchssteuern wirklich dem Mittelstande nützen. In wachsender Zahl stimmen Handwerker für die Sozialdemokratie. Wir wünschen, daß die jungen Leute gut ausgebildet werden, wir wollen aber kein künstliches Lehrlingsprivilegium schaffen. Sorge man lieber für gute Volksschulen und für obligatorische Fortbildungsschulen, aber gerade das Fachschulwesen der Innungen liegt im Argen. Früher lehnte auch die bürgerliche Linke bis zu den National-Liberalen den Befähigungsnachweis ab, jetzt aber liebäugeln auch die Liberalen mit den Innungen. Der Bodfreiinn schließt eben alles! Die Liebe der Konservativen zu den Handwerkern ist sehr platonisch. Die Großgrundbesitzer bestellen ihre Gärten usw. nicht bei kleinen Meistern, sondern in großen Spezialgeschäften. Das Handwerk ist gegenüber dem Großkapital nicht konkurrenzfähig und daran wird auch der Befähigungsnachweis nichts ändern. (Wabst bei den Soz.)

Abg. Dr. Goerke (nat.-lib.) und Abg. Cuno (freif. Vp.) beantragen redaktionelle Änderungen der Kommissionsfassung. Der Antrag Jrl wird zurückgezogen und der Kommissionsantrag wird in der Fassung Goerke-Cuno angenommen.

Im weiteren Verlauf der Debatte hält Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) seine Ausführungen bei der ersten Lesung über die Lehrlingsausbeutung im Handwerk, besonders in der Wäberei, aufrecht.

Der Rest des Gesetzes wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Montag 12 Uhr. (Zerungszulagen, Ostmarkenzulagen, Maß- und Gewichtsordnung.)

Warum Sozialdemokrat?

Es gibt noch immer Menschen, die glauben, daß Sozialdemokrat kein daselbe bedeutet wie unzufrieden sein. Als die Junker einmal Krach mit dem Reichskanzler hatten, riefen sie, wir wollen unter die Sozialdemokratie gehen; womit sie freilich nichts Schlimmeres meinten, als daß sie der Regierung Opposition machen wollten. Daß die meisten unserer Gegner so unwissend sind, daß sie die Sozialdemokraten nur für einen Haufen Unzufriedener halten, ist verständlich. Aber auch mancher Arbeiter glaubt, daß er schon Sozialdemokrat sei, wenn er unzufrieden mit seiner elenden Lage ist und sie verbessern will.

Nun ist es wahr: die Unzufriedenheit, die Empörung über die unerträglichen Leiden, welche der Kapitalismus über die Arbeiter verhängt, der Haß gegen die Ausbeutung und die Unterdrückung, gegen die maßlose Abwanderung und die ewige Armut, sie bildet einen der wichtigsten Teile des sozialistischen Empfindens. Aber zum Sozialdemokraten gehört mehr. Daß wir mit großer Leidenschaft etwas anderes wollen, daß wir unsere ganze Kraft daran setzen und dafür Opfer zu bringen bereit sind, das bewirkt die Unzufriedenheit mit unserer schlimmen Lage. Daß wir aber so klar wissen, was wir wollen, wie wir unserer Not abhelfen wollen, das liegt an der Einsicht, an der besonders sozialistischen Anschauungsweise und an der Wissenschaft, die uns erst zu wirklichen Sozialdemokraten machen.

Auch andere erkennen an, daß wir alle Ursache zur Unzufriedenheit haben, und daß Reformen zur Abhilfe der schlimmsten Uebelstände nötig seien. Aber, sagen sie hinzu, an der Grundlage der Gesellschaft läßt sich nichts ändern; Arme und Reiche hat es immer gegeben, und immer mußten die Armen damit zufrieden sein, daß sie im Dienste der Reichen ihren Lebensunterhalt finden konnten. Das ist ewiges Wehgeschick; die Welt bleibt sich im Grunde immer gleich und eure Träume von einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sind nur Luftschlösser.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sehen jedoch die Sache anders an. Und ihre Anschauung stützt sich auf die Erfahrung. Mit ihren eigenen Augen sehen sie, welche eine

gewaltige Aenderung der Welt vor sich geht. Riesenstädte wachsen empor, ziehen wie Magnetberge Menschen und Dinge von weitem an sich; das Land berödet, während in den Städten wie in Ameisenhaufen die Menschen sich drängen. In der Stadt verschwinden die alten kleinen Werkstätten und Läden und die alten Verhältnisse; die unabhängigen Mittelschichten verschwinden oder verlieren ihre Selbständigkeit; alles wird in den Dienst des Großkapitals gezwungen. Eisenbahnen spinnen sich wie ein Riesennetz über das Land, wälzen in den kleinsten Dörfern die althergebrachten Zustände um und wirfeln die Menschen der verschiedensten Länder durcheinander. Alles ist in Bewegung und Umänderung begriffen; und inmitten dieser stürmischen Entwicklung kommt man uns da mit Redensarten, daß die Welt sich immer gleich bleibe.

Dies ist der erste Satz der Anschauungsweise, die den Arbeiter erst zum Sozialdemokraten macht; die Welt entwickelt sich zu immer neuen Formen; nichts ist beständig. Wenn unsere Gegner uns daher vorwerfen, wir wollen das Bestehende stürzen und sie wollen es erhalten, so können wir mit der Frage antworten: welches Bestehende meint ihr? Die Welt von gestern? Die Welt von heute hat sie schon aufgehoben. Die Welt von heute? Morgen ist sie nicht mehr da. Ueber die Frage, ob wir das Bestehende zu erhalten oder zu ändern wünschen, braucht man nicht zu streiten; wir haben da nichts zu wollen. Die Aenderung findet statt. Die einzige und wichtige Frage, die jeder sich stellen muß, der Ohren zum Hören und Augen zum Sehen hat, lautet: wohin führt uns diese Entwicklung?

Die politische Dekonomie gibt die Antwort. Marx hat diese Entwicklung in seinem Hauptwerk schon längst festgestellt und erklärt, und unsere eigene Erfahrung bestätigt seine Ergebnisse. Der Kleinbetrieb, in dem die Menschen von einander getrennt, jeder mit seinen eigenen kleinen Arbeitsmitteln arbeiteten, verschwindet immer mehr. Die kleinen Produktionsmittel werden durch immer größere Maschinen ersetzt, die zu ihrer Bedienung eine größere Anzahl Arbeiter erfordern. Die Produktion findet in immer größeren Fabriken mittels immer besserer, nur durch gemeinsame Arbeit in Bewegung zu setzenden Werkzeuge statt. An Stelle der Einzelarbeit tritt immer mehr die gemeinschaftliche, die gesellschaftliche Arbeit. Die Arbeit wird immer mehr sozialistisch.

Doch ist dies nur erst ein unvollkommener, ein verfehlter Sozialismus. Die Arbeit ist gemeinsam, aber die Herrschafts- und die Eigentumsverhältnisse, die über die Verwendung der Produkte gebieten, passen noch nicht dazu. Die Arbeiter arbeiten unter dem Kommando des Kapitals, dem das eigene Wachstum als einziges Ziel der Produktion gilt. Es heinet die Arbeiter aus und speist sie mit einem Lohn ab, der gerade zum nackten Leben ausreicht; der riesige Mehrwert fällt den Kapitalbesitzern, den Aktionären zu, die keine einzige Funktion im gesellschaftlichen Leben, außer der des Schmarozkers, erfüllen.

Die Ursache dieses Verhältnisses, das die Grundlage alles Elends der Arbeiterklasse bildet, liegt darin, daß noch immer die althergebrachten, aus der Zeit der Einzelarbeit stammenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse gelten. Diese wälzen sich nicht von selbst um, wie die Arbeiter, sondern sie müssen von den Menschen mit bewußter Absicht gestaltet und umgestaltet werden. Bevor ihre Umgestaltung möglich ist, muß zuerst die Masse des Volkes sich durch das eigene Elend von der Notwendigkeit dieser Umgestaltung bewußt werden.

Die meisten Arbeiter sind schon soweit. Sie sehen ganz gut, wie sie und ihre Kameraden in der Fabrik, in andern Fabriken, auf der Bahn, auf der Straße und auf dem Lande durch ihre gemeinsame Arbeit alle Reichtümer der Gesellschaft hervorbringen. Sie sehen ganz gut, daß nur durch die überkommenen Eigentumsverhältnisse eine Bande fauler Parasiten imstande ist, den Hauptteil der Früchte ihrer Arbeit wegzunehmen. Sie sehen ganz gut, daß ein solches Unrecht nur deshalb als Recht gilt, weil diese Parasiten und ihre Freunde über die Herrschaft verfügen. Und in dieser Einsicht wurzelt das sozialdemokratische Ziel, das sie sich setzen.

Es gilt zuerst die Herrschaft zu erobern, die Beherrschung des arbeitenden Volkes durch eine schmarozende

Einsiedler und lausige, aus den untersten Volksschichten hervorgegangene Vetrüder gewesen.

Während der Jüher sprach, dachte der Doktor, den Blick auf die liegende Wachsfigur geheftet, an den merkwürdigen Vasken, dessen Charakter so verwickelt war, der die Welt mit seinem Ruf erfüllte und dessen verschiedene Lebensabschnitte so sehr miteinander in Widerspruch standen. Zuerst war er ein eingebildeter und eleganter Striegsmann gewesen, der seinen Körper abquälte und verstimmelte, um schön zu erscheinen und die angeborene Klugigkeit zu verlieren. Sodann, als er die Heberzungen gewonnen, daß seine weltlichen Erfolge ein Ende genommen, kam bei ihm der seiner Klasse eigentümliche Fanatismus, von einem mächtigen Willen getragen, zur Geltung. . . . Es ergreift ihn der Wahnsinn der Heiligkeit; er ist demütig und grimmig zugleich, wird zum Wabst der Jungfrau und will einen Mauren, der sie lästert, mit Dolchschritten umbringen, und kurz darauf läßt er sich von den Straßenbuben Salamankas feintigen, die ihn für einen Irnsinnigen halten beim Publikum seiner religiösen Extravaganzen in Nachahmung der des Heiligen Franziskus von Assisi. Aber die poetische Milde des unbrüchigen Einsiedlers, seine schwärmerische Gottbegeisterung hat keinen Raum im praktischen Charakter des Vasken. Wenn dieser sich Gott weibt, so muß es zu einem irdischen und unmittelbaren Zweck sein. Es ist etwas Schönes um das Heiligsein, aber es muß etwas Greifbares dabei herauskommen. Die kampfsüchtigen Instinkte werden wieder wach in ihm. Er sieht, daß die Kirche, durch die Reformation gefährdet, eines mächtigen Helfers bedarf und überträgt die Organisation des Kriegsheers auf die Religion. Er gründet nicht einen Orden, sondern ein schwarzes Meer, das er den Päpsten anbietet. Die Soldaten dieses schwarzen Meeres werden in die eiserne Form seines Willens gegossen, ohne Familienanschluß, ohne irgend welche Selbstständigkeit, Automaten, die vermöge ihrer Gefühllosigkeit unbeflegbar sind. Der Kasket wird zum Heerführer, und in diesem dritten Abschnitt seines Lebens geht sich der mit Steinen geworfene Bagabund auf's hohe Pferd und spielt sich zum Bisepapst auf, läßt

sich von den Seinigen General benennen, wohnt in Rom unter Fürsten, wo er sich in die verwickelten Intrigen der Weltpolitik einmischt, und stirbt zufrieden mit seiner Macht und in dem Bewußtsein, den Katholizismus für den Augenblick gerettet zu haben, indem er ihm die lateinischen Völker erbielt.

Kresti bewunderte Juigo de Loyola wie ein vollkommenes Exemplar seiner Klasse, das, unfähig, sich lange für reingeistige Interessen zu begeistern, darauf erpicht, aus allem Kapital zu schlagen, es vermocht hatte, Macht und Reichthum aus der asketischen Frömmigkeit zu ziehen, während so viele andre durch sie bloß zur Enttugung und zum tiefsten Elend geführt worden waren. Loyola war ein bewundernswürdiger Geschäftsmann der Religion gewesen; ein praktisches Talent, das im richtigen Augenblick aufgetaucht war, um den Läden Roms vor dem Bankrott zu retten, das dessen Einrichtung neu geordnet und ihm neue Absatzgebiete eröffnet hatte durch die Gründung seiner Gesellschaft, jenes disziplinierten Stabes von in Religion machenden Handlungsreisenden, die die ganze Erde bereisten und alle Leidenschaften und Schwächen der Menschen ausbeuteten zum größeren Ruhme Gottes.

Der Laienbruder entriß den Doktor seinen Gedanken, indem er sich erbot, ihm den oberen Teil des Altars zu zeigen. Dort befand sich in einem goldenen Reliquienbehälter das Herz des Heiligen. Das war der einzige Körperteil, den sie dort vom Gründer bewahrten. Der Körper war, wie jedermann wußte, im Genu zu Rom begraben.

„Ja, ich weiß,“ sagte Kresti, „ich habe ihn dort gesehen.“ Er hatte, ohne zu wissen warum, das Bedürfnis empfunden, mit einer Lüge dem eifältigen Laienbruder zu imponieren, der überzeugt zu sein schien, daß die ganze Menschheit sich für die Dinge des Ordens interessierte, und daß es auf Erden niemand gab, der nicht wußte, wo der Leib des Heiligen Ignatius war.

„Na, Sie sind in Rom gewesen!“ rief der Bruder bewundernd aus, als ob der Doktor plötzlich in seinen Augen beträchtlich an Bedeutung gewonnen.

„Zatwohl,“ fuhr Kresti fort zu sagen, um den armen Mann zu verblüffen, „als die letzte spanische Pilgerfahrt stattfand, war ich auch darunter.“

Als der Bruder diese Worte vernahm, änderte er sein ganzes Benehmen und tante förmlich auf. Kresti war nunmehr für ihn nicht nur ein Neugieriger, ein Tourist, hinter dem ein Feind des Ordens stecken konnte. Er war einer der Seinigen, beinahe gehörte er dem Hause an. Und der Bruder bestaunt darauf, ihm alles eingehend zu sagen, wobei er von Redensarten überfloss wie jemand, der lange Zeit zum Schweigen verurteilt gewesen ist.

Er blieb an einer kleinen Lir neben dem Altar stehen, um jenem so unwahrscheinlichen Herrn den Vortritt zu lassen. Es war der Eingang eines kleinen Zimmers, der als einziger Schmuck das Mißverhältnis eines Altars hatte.

„Hier lag unser heiliger Gründer krank,“ sagte er mit süßlicher Stirne, „und hier fand seine Bekehrung statt. Als er im Welt lag, bat er, um sich zu zerstreuen, man möge ihm einen Ritterroman bringen. Da aber Gott ihn ins Auge gefaßt hatte, machte er, daß kein solches Buch im ganzen Hause gefunden wurde, obgleich viele vorhanden waren. Man brachte ihm die Geschichte der allerheiligsten Jungfrau, er begann, sie zu lesen, und alsbald fühlte er sich von der Gnade Gottes durchdrungen und beschloß, der Welt zu entsagen und sich dem Dienste Gottes zu weihen.“

Darauf suchte der Laienbruder noch etwas an der Wand, und indem er auf einen Niz hinwies, sagte er: „Sehen Sie dies, mein Herr? Von außen sieht man den Niz noch besser; er geht von oben bis zum Erdboden. . . . Diesen Niz hat der Teufel verurteilt. In demselben Augenblick, wo der Heilige den Entschluß faßte, sich Gott zu widmen, lebte der Erdboden und das ganze Haus, und dieser Niz hier entstand. Es war der Teufel, der auf diese Weise seinem Untwillen Luft machte.“

„Was mußte er während sein!“ sagte Kresti mit feierlichem Ernst.

„Natürlich,“ fuhr der Laienbruder fort, „der Böse zitterte, weil er erriet, daß der Heilige unsern Orden gründen wollte.“

(Fortsetzung folgt.)

Minderheit aufzuheben. Dann gilt es die Eigentumsverhältnisse derart umzugestalten, daß die Rechte der Ausbeuter verfallen, und die Früchte der gemeinsamen Arbeit zum gemeinsamen Nutzen aller Arbeiter gereichen. Dann wird der Sozialismus erst vollkommen sein, wenn nicht nur die Arbeit, sondern auch der Genus auf dem Prinzip der Gemeinlichkeit beruht, wenn nicht nur die toten Dinge, sondern auch die Verhältnisse der lebenden Menschen sozialistisch sind.

Hußerordentliche Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

l. Darmstadt, 3. Mai 1908.

Im Saale des hiesigen Gewerkschaftshauses traten heute vormittag 10 Uhr Delegierte der Jugendorganisation zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammen, deren Einberufung sich durch die Annahme des Reichstagsbeschlusses nötig machte. Es sind 40 Delegierte aus 38 Orten von ganz Deutschland anwesend. Der Parteivorstand ist durch den Gen. Müller, die Generalkommission der Gewerkschaften durch den Genossen Robert Schmidt vertreten. Zunächst fand eine nicht-öffentliche Sitzung statt. Reichstagsabgeordneter Dr. Franz berichtete in dieser über eine Befragung, die der Parteivorstand mit den Vertretern der Generalkommission und des Parteivorstandes gestern abhielt. Nach längerer Beratung sei man zu dem Entschlusse gekommen, die Generalversammlung vorzuschlagen, den Verband in seiner jetzigen Form aufzulösen. Dafür sollen in allen Orten Deutschlands, wo es irgend möglich ist, von der Partei und den Gewerkschaften Agitationskomitees für die Jugend gegründet werden. Diese hätten die Aufgabe, alles das zu erfüllen, was die Jugendorganisation erfüllt hat und zu erfüllen versuchte. Dann könnten diese Aufgaben energischer und mit reicheren Mitteln durchgeführt werden.

Als die offiziellen Komitees von der Partei und den Gewerkschaften gegründet wurden, was wohl im Spätherbst nach dem Reichstagsbeschlusse geschehen werde, sollten in den bestehenden Ortsvereinen des Verbandes von über 18 Jahre alten Genossen Agitationskomitees gebildet werden, die die Agitation unter der Arbeiterjugend zu betreiben hätten. Der Parteivorstand habe bis dahin als Zentralkomitee für die Jugendorganisation zu fungieren. Genosse Robert Schmidt-Verein unterstützte diese Ausführungen. Parteisekretär Müller-Verein erklärte, daß der vorgeschlagene Weg der einzige sei, wenn in Zukunft in Deutschland eine Jugendorganisation bestehen solle. Die Diskussion zog sich bis Mittag hin. Es sprachen u. a. Delegierte aus Stuttgart, Bremen, Hamburg, Wismar, Mannheim und ein Vertreter der freien Jugendorganisation in Berlin. Die Württemberger sprachen sich entschieden gegen die Auflösung der Organisation aus, andere Delegierte gaben dem Beschlusse Ausdruck, daß man durch die Auflösung des Verbandes den bei den jugendlichen Arbeitern gewonnenen Boden wieder verliere.

Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter.

1. Vom 4. Mai an tagt im Volkshause zu Leipzig die Generalversammlung des Textilarbeiterverbandes. Aus dem Geschäftsberichte über die Jahre 1906/07, den der Vorstand der Versammlung vorgelegt hat, heben wir folgendes hervor: Der Verband zählte an Mitgliedern am Schlusse des Jahres:

	männliche	weibliche	zusammen
1905	51 888	25 040	77 808
1907	79 988	40 457	120 440
absolute Zunahme	28 115	20 517	48 692
Zunahme pro 100	54	79,3	62,5

In Sachsen stieg die Mitgliederzahl von 25 927 auf 43 870, der Gau Erzgebirge, zu dem auch Leipzig gehört, zählt 17 853 Mitglieder.

Wenn im Verbands auch noch große Fluktuation herrscht, so zeigt diese Statistik doch ein großartiges Wachstum der Organisation, das nur möglich war durch intensive Agitation. Nach allerdings unvollständigen Aufzeichnungen wurden im Verbands 3060 Versammlungen abgehalten und nicht weniger als 747 830 Flugblätter vertrieben. Im November 1907 veranstaltete der Verband eine Hausagitation großen Stils unter den Arbeitern. 270 000 Nummern einer besonderen Ausgabe der Gleichheit kamen zur Verteilung. Im Gau Erzgebirge, der auch hier wieder mit die besten Resultate erzielte, wurden dadurch 501 Mitglieder und 310 Wohnorten auf die Gleichheit gewonnen. Eine ähnliche Agitation mit 158 000 Exemplaren des Textilarbeiters wurde im vergangenen März vorgenommen.

Kranke Unterstützung wurde in der Berichtperiode auf 12 708 männliche und 11 875 weibliche Mitglieder 290 305,45 Mark ausgezahlt, gegenüber 155 008,89 Mk. an 10 642 männliche und 5747 weibliche Mitglieder in der vorigen Periode; das ist pro Quartal und Kopf der Verbandsmitgliedschaft 88 Pfg., gegenüber 85 Pfg. früher. Ganz besonders stark wurde die Klasse durch Augenkrankheiten in Anspruch genommen, bei denen 55 200 Krankentage bezahlt werden mußten von 322 505 Krankentagen überhaupt.

Als Material für die Lösung der Frage der Arbeitslosenunterstützung wurden zwei Erwerbslosenzählungen vorgenommen, an denen sich 108 260 bzw. 107 115 Mitglieder, oder 87 bzw. 89 Proz. der Mitgliedschaft beteiligten. Die Zählungen ergaben, daß im Jahre 1907 182 904 Tage (Zunahme), resp. 6588 Mitglieder 224 408 Tage (Abnahme) erwerbslos waren. Davon waren direkt arbeitslos: 2043 Mitglieder 61 207 Tage resp. 2021 Mitglieder 65 518 Tage, so daß auf 41 Mitglieder eins mit 32,8 Tagen Arbeitslosigkeit fällt, resp. auf 84 eins mit 37,2 Tagen. Besonders stark ist die Erwerbslosigkeit bei den weiblichen Mitgliedern.

In den Jahren 1906 und 1907 fanden an Streiks statt:

92 Angriffsstreiks mit 28 451 Beteiligten
8 Abwehrstreiks " 8 081 "
8 Ausperrungen " 25 187 "

Bei den Angriffsstreiks hatten 83 Erfolg, bei den Abwehrstreiks 19, bei den Ausperrungen 6. 325 Lohnbewegungen mit 135 850 Beteiligten fanden außerordentlich statt. Für die Beteiligten wurden dadurch durchschnittlich 3 Stunden 16 Minuten Arbeitszeitverlängerung pro Woche und 1,18 Mk. Lohnerhöhung erreicht. Vom Verbandsorgan, dem Textilarbeiter, wurden am Ende des Jahres 1907 112 700 Exemplare verandt.

Gewerkschaftsbewegung.

Sozialreform für die Bureauangestellten.

Unter diesem Titel hat der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands an den Reichstag und Bundesrat eine Denkschrift gerichtet, um die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen und des Reichstags auf die drückende Notlage der Bureauangestellten zu richten, deren Existenz nichts als ein glänzendes Kleid sei. Gefordert wird die Beseitigung eines seit Jahrzehnten schwer drückenden Zustandes der Rechtsunsicherheit und Rechtslosigkeit. Eine Besserung erfordern vor allem die Verhältnisse der Bureauangestellten der Rechtsanwälte und Notare, die den größten Prozentatz der Bureauangestellten

überhaupt bilden. Die Anwaltsgehilfen klagen über ungenügende Bezahlung ihrer Tätigkeit und über die in ihrem Beruf herrschende Lehrlingszuchterei. Nach einer statistischen Erhebung sind hier nur 36 Prozent der Angestellten über 20 Jahre alt, aber selbst von diesen erwachsenen Angestellten beziehen 53 Prozent, also mehr als die Hälfte unter 100 Mk. Monatsgehalt. In Anbetracht dieser großen Zahl junger Leute kommt nur ein Drittel der Berufsgenossen für eine ernsthafte Organisation in Frage. Durchschnittlich werden 43 Prozent unter 17 Jahre alte Personen bei den Rechtsanwaltsbüros beschäftigt. Für 14 Prozent der Angestellten ist die Kündigungsbüro ausgeschlossen. In 54 Prozent der Rechtsanwaltsbüros beträgt die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden, in 46 Prozent 9 und mehr Stunden. Oft aber wird die Arbeitszeit auf 10, 11 und 12 Stunden verlängert. Sonntagsarbeit ist in 22 Prozent der Büros üblich. Die hygienischen Zustände lassen vieles zu wünschen übrig. Nicht viel besser sind die Bureauangestellten bei Prozeßagenten und Winkeladvokaten, bei Versicherungsgesellschaften, Patentanwälten, in Fabriken, Handelskammern, Handwerkerkammern, bei Konkursverwaltern, Bücherrevisoren und in ähnlichen Privatbetrieben. Selbst für die Bureauangestellten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften ist ein gesetzlicher Schutz nicht überflüssig. Die Vorschläge, die in der Denkschrift zwecks Besserung der Lage der Bureauangestellten gemacht werden, sind mannigfacher Art. Man wünscht gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens und ersucht, die Bureauangestellten zunächst den Handlungs- und Gewerbegehilfen rechtlich gleichzustellen. Das würde geschehen können durch entsprechende Anwendung der Gewerbeordnung und des Handelsgesetzbuches, durch Erlaß von Bundesratsverordnungen, durch einen gesetzlich festgesetzten achtstündigen Maximalarbeitstag, durch Unterstellung unter die Gewerbe- oder Kaufmannsgerichte, durch Ausdehnung und Ausbau der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung, sowie der Gewerbeversicherung. Außer beachtenswerten Zahlenmaterial über die Alters-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind der Denkschrift in einem Anhang geschichtliche Daten zur Sozialpolitik für die Bureauangestellten angefügt.

Die Frage der Unternehmer.

Aus Eilenburg schreibt man uns: Auch die Unternehmer Eilenburgs, besonders die Tischlermeister, glauben in Schanzmacherschick zu müssen, indem sie die Arbeiter, die an der Waise durch Arbeitsruhe teilnehmen, ausperren. Sie geben nicht nur ihre Ausperrungsabsicht kund, sondern auch, daß der bis zum 1. Mai verbundene Lohn erst am 8. Mai ausgezahlt würde. 57 von den etwa 350 an der Waise beteiligten gewesenen Holzarbeitern wurden von der angebotenen Waise betroffen. Bei Müller und Kentsch sind ausgesperrt 19 Tischler und 3 Bildhauer, bei Fietzsch 12 Tischler, bei Kunze 4 Tischler, bei Köhler und bei Opfermann (ein früherer „Parteilosse“) je 2, bei Petersohn 1, bei Lappchen 1 und bei Otto 18 Tischler. Mit Ausnahme von vier bei der letztgenannten Firma ausgesperrten protestierten sämtliche gegen die Handlungsweise, forderten ihren Lohn und stellten, als sie ihn nicht erhielten, die Arbeit ein.

Das war aber nun etwas, was den Unternehmern nicht paßte. Die Verhandlungen vor der Schlichtungskommission endeten mit der Erklärung der Unternehmer, daß sie den Lohn sofort auszahlen würden, sobald die Arbeit wieder aufgenommen würde. Schon nachmittags hatten einige Kleinmeister Kapitalien und den Lohn ausgezahlt, denen am Abend die andern folgten.

Die Schiffswerft in Zienburg sperrte 300 Arbeiter und Vorarbeiter, die den 1. Mai feierten, bis zum 11. Mai aus. Für die übrigen 2100 Arbeiter wird nur der Vormittagsbetrieb aufrechterhalten.

Die Zahl der Ausgesperrten in Berlin wegen Beteiligung an der Waise steht noch nicht fest; erst aus den Verufen der Metallarbeiter und der Holzarbeiter liegen Zahlen vor. Bei den Metallarbeitern sind wegen der Arbeitsruhe in 21 Betrieben 478 Personen ausgesperrt worden.

Sehr viel umfangreicher gestaltete sich die Ausperrung in der Holzindustrie. In dieser sind in 384 Betrieben mit 6048 Beschäftigten 3740 Mann ausgesperrt. Von diesen Ausgesperrten wurde die übergroße Zahl, nämlich 2008, auf drei Tage ausgesperrt, die andern für längere Zeit, oder sie wurden gar ganz entlassen.

Einer Erörterung der Ausperrungsfrage vor der Schlichtungskommission gingen die Unternehmer in der Holzindustrie aus dem Wege. Die „Fadzeitung“ der Holzindustriellen begründet dies damit, daß die Arbeitgeber bereit seien, alle Bestimmungen des Vertrages zu erfüllen, daß aber in diesem von der Waise mit keinem Worte die Rede sei. Man wird sich das merken müssen für den Fall, daß es den Unternehmern wieder einmal paßt, die Waise als einen Vorstoß gegen den Tarif auszugeben.

Im übrigen werden sich die Berliner Holzarbeiter ihre Waise durch keinerlei Schikanen mehr nehmen lassen.

In Neumünster sind wegen der Beteiligung an der Waise 1000 Arbeiter entlassen worden, darunter 504 Gerber.

B. In Gera wurden am Sonnabend früh in der Thüringer Wälsfabrik, in der Wälsfabrik Ruffen und der Pianofortefabrik von Jalle über 100 Tischler und Maschinenarbeiter bis zum 13. Mai ausgesperrt, weil sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe feierten. Ein Betrieb, dessen Arbeiter aus feierten, setzte sich nicht an die terroristischen Unternehmerbeschlüsse und ließ weiter arbeiten. Da bei der Wiedereinstellung unter den Arbeitern eine Auslese gehalten werden soll, ist der Zugang von Holzarbeitern ferngehalten. Die drei genannten Betriebe stehen völlig still.

Aus München wird gemeldet, daß von den Unternehmern Südbayerns rund 20 000 Arbeiter auf drei bis acht Tage wegen Beteiligung an der Waise ausgesperrt wurden.

In Hamburg hat die Ausperrung den angekündigten Umfang nicht angenommen. Am meisten scheint die Holzindustrie, entsprechend der ziemlich einseitig durchgeführten Arbeitsruhe, betroffen zu sein. Gemeldet sind rund 700 Ausgesperrte, von denen jedoch allein 400 bereits am Mittwoch wieder in Arbeit treten, andre noch früher. Bei den Metallarbeitern sind die Heizungsarbeiter, die geschlossen feierten, auf einen Tag ausgesperrt, ebenso von den Klempnern ein Bruchteil, desgleichen von den Bauhülfern, denen 10 Tage Ferien angedroht sind. Der Fabrikarbeiterverband verzeichnet etwa 110 Ausgesperrte. Die Arbeiter der Warmbäder Goldbleichenfabrik sollen zwei, die der Journierschneiderei Bartels u. Söhne und der Ofenfabrik von Feinr. Rod einen Tag feiern, während die Roburitätsgesellschaft ihre sämtlichen Leute entlassen und sofort versetzt hat, andre einzustellen. Sie engagierte auf dem Gänsemarkt auch 30 Arbeiter; diese machten aber mit den Ausgesperrten, als sie erfuhren, was los sei, sofort wieder feiert. — Die Wäler registrieren 404, die Bauhülfsarbeiter etwa 420 Ausgesperrte, bei den Maurern und Zimmerern wird sich das Ergebnis erst am Montag endgültig feststellen lassen.

Achtung, Vergewaltiger! Auf den Braunkohlenwerken Delnitz hat Lebnig ein Verbrechen begangen. Es wird um Verhaftung des Jungen gebeten.

Die Wäler und die Thüningener in Sannau haben die bei ihnen beschäftigten freizugangenen Gehilfen ausgesperrt.

Den Tarifverträgen für den Bezirk Groß-Berlin hat der Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer zugestimmt.

Aus den Unternehmerorganisationen. Prof. Dr. Leibig, Regierungsrat a. D., ist auf seinen Wunsch aus seiner Stellung im Zentralverbande deutscher Industrieller geschieden und Regierungsrat Dr. jur. Bartels als erster Vizepräsident in die Geschäftsführung des Zentralverbandes eingetreten.

Da Leibig den Ruf eines Oberschwarzmeisters genießt, hielt er es wegen der Wahlkampagne — er ist als Kandidat zum preussischen Landtag aufgestellt — für ratsam, seinen Vorstandsposten in der Unternehmerorganisation niederzulegen, um einem etwaigen Vorwurfe, er sei Unternehmerförmig, aus dem Wege zu gehen.

Die nationale Internationale. Die Gegner der modernen Arbeiterbewegung suchen diese mit Vorliebe durch den Vorwurf, sie sei international, auf Deutsch unterdrückt, zu diskreditieren. Die bloßen Spieler und die sich national nennenden Arbeiter wiederholen den Vorwurf, lassen aber vollständig im nächsten Augenblick einen ausländischen Potentalen hochleben. Bei dieser Inkonsistenz bleibt diese Gesellschaft indes nicht stehen, sondern verbindet sich auch in Organisationen international. So wird jetzt berichtet, daß im Juli d. J. in Zürich eine internationale christliche Gewerkschaftskonferenz abgehalten werde. „Der Gedanke“ — heißt es in der Notiz — „ist schon seit Jahren erörtert worden und kann nunmehr zur Ausführung gelangen, nachdem in den Hauptländern außerhalb Deutschlands: Oesterreich, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Schwyz usw. hoffnungsvolle Organisationen der christlichen Arbeiter entstanden sind. Die Notwendigkeit einer solchen Konferenz wird schon erwiesen durch das Ineinandergreifen der Organisationen in den Grenzgebieten. Außer mit Berichten über den Stand der Bewegung in den einzelnen Ländern wird sich die Konferenz mit der Frage der Organisationsform, mit den organisatorischen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in den Grenzgebieten und mit der Gründung eines internationalen Sekretariats befassen.“

Die Ausperrung auf den englischen Schiffswerften hat begonnen; am Sonnabend wurden zunächst 15 000 Holzarbeiter entlassen.

Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in Lohz. Der in deutscher Sprache (illegal) erscheinende Lohzener Vorwärts bringt nachstehende Angaben über die Tätigkeit des (illegalen) sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Lohz. Vom 28. Februar 1906 bis 1. März 1908 beliefen sich die Einnahmen des Verbandes auf insgesamt 79 308 Rub. 27 Kop., denen an Ausgaben gegenüberstanden 74 782 Rub. 77 Kop. (darunter Streikunterstützungen 30 880 Rub. 57 Kop., für ausgeperrte Bäder 1000 Rub., Unterstützung für Verhaftete 6865 Rubel, Arbeitslosenunterstützung 5230 Rub. 60 Kop., an das sozialdemokratische Parteikomitee 7797 Rub.). Wegelassen sind die Almosen, in der sich die Tätigkeit des Verbandes abspielt, sind folgende Daten: Vom 1. Juni 1907 bis 1. Februar 1908 wurden an Unterstühtungen ausgezahlt: an 428 Verhaftete für 1984 Wochen 4866 Rub. 50 Kop., an 675 Arbeitslose für 1557 Wochen 3491 Rub. 50 Kop., an 906 Streikende und Ausgesperrte für 1207 Wochen 4890 Rub. Im ganzen an 1908 Mitglieder für 4838 Wochen 12 728 Rub.

Soziale Rundschau.

Syndikatsbildung. Der Zusammenschluß der Unternehmer in der russischen Metallindustrie vollzieht sich mit ungläubiger Schnelligkeit. So hat sich vor kurzem ein Eisenblech- und ein Kupfer Syndikat gebildet, und die Gründung eines Syndikats der Wäler Eisenfabriken steht unmittelbar bevor. Besondere Beachtung verdient die unlängst vollzogene Gründung des südrussischen metallurgischen Trustes, der nach offiziellen Angaben über ein Grundkapital von 150 Millionen Rubel verfügt und die größten Metallwerke Rußlands (die Jufow-Werke, die Ruffische-Belgische Gesellschaft, die Moskauer Metallfabrik u. a.) umschließt. Als Initiatoren dieses Unternehmens, das eine gewaltige Umwälzung in der gesamten russischen Metallindustrie herbeiführen dürfte, gelten ausländische Besitzer russischer Metallwerke, vor allem belgische Kapitalisten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Petersburg, 4. Mai. Telegramme aus Tiflis melden, daß an der türkischen Grenze furchtbare Armeen- und auch Judenmassaker stattgefunden haben. Tausende stiegen nach Jelfawepol und andern russischen Städten. Jedoch auch dort werden sie von Tataren bedroht. Angeblich sind 10 000 bewaffnete Perser im Anmarsch, um die Ordnung wiederherzustellen. Es wird befürchtet, daß sich die Kurden der Bewegung anschließen und daß ein Grenzkrieg ausbricht.

Paris, 4. Mai. Die Ergebnisse der Gemeindevahlen in der Provinz zeigen, daß in der Stärke der Parteien nur unwesentliche Änderungen eingetreten sind.

Simsa, 4. Mai. Eine Streitmacht von 13 000 bis 20 000 Afghanen überschritt Freitag nacht in zwei Abteilungen die afghanische Grenze. Die größere und zugleich bewaffnete marschierte auf Landi-Ahotal, die andre unter dem Befehl von Zufisahib nach dem oberen Wazartal. Den Sonnabend über konnte man den Feind deutlich westlich vom Landi-Ahotal sehen. Sonnabendnacht unternahm er seinen Hauptangriff auf das Wälshaus von Nidni Nandach und machte bis 8 Uhr morgens verzweifelte Anstrengungen, es einzunehmen. Dies gelang ihm aber nicht; die Garnison erlitt nur geringe Verluste. In der vergangenen Nacht bemühte sich der Feind fändig, die Karawantee einzunehmen, das heftige Feuer aus dem Wälshaus vereitelte jedoch auch hier seinen Versuch. Jetzt haben sich die Afghanen nach Süden zurückgezogen. Inzwischen haben die Hauptlinge der Jafka-Armeen, die jüngst Unruhen herbeigeführt, dem Oberst Rossokopel, den Offizier der Khaidarregion, ihre Dienste angeboten. In Landi-Ahotal wird berichtet, daß keine Ufribis sich mit Zufisahib vereinigt haben. General Wilcocks erreichte mit der dritten Brigade, acht Kanonen und einer Schwadron Kavallerie heute Landi-Ahotal. Auf den Hügel sieht man wenige Feinde; wenige Schiffe wurden abgefeueret. In der Romangrenze ist alles ruhig.

Kairo, 4. Mai. Der stellvertretende Inspektor der Blau-Rot-Provinz, Scott Moncrieff, wurde von einem Scheich, der sich selbst zum Propheten ausgerufen hatte, ermordet. Der Scheich hatte etwa 150 alte Derwische um sich gesammelt und in der Nacht zum Sonnabend die unter dem Befehl des Distrikommandeurs Dickinson-Dei stehenden Truppen angegriffen, die zur Wiederherstellung der Ruhe eingetroffen waren. Die Wälerumpelung des Ungers wurde abgeschlagen und 85 Derwische dabei getötet. Auf englischer Seite fielen zwei eingeborene Offiziere und Major Logan; der Romanburur Dickinson-Dei wurde verwundet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Richard Wahrb in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedr. Piller in Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Politische Uebersicht.

Ein Jubiläum.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands begeht in diesem Jahre die Feier ihres zehnjährigen Bestehens. Ihre Vorgeschichte, freilich reicht bis in die achtziger Jahre zurück, als im Auslande eine kleine Gruppe von ausgewanderten Intellektuellen mit Plechanow und Axelrod an der Spitze sich unter dem Namen: Gruppe Ostwoboschdenja Truda (Gruppe zur Befreiung der Arbeit) organisierte und zur Propaganda des Marxismus in Rußland schritt.

Die ersten Anfänge waren überaus bescheiden, die Propaganda beschränkte sich auf einzelne Arbeiter, die langsam und vorsichtig in den Ideenkreis des Sozialismus eingeführt wurden. Erst die Jahre 1895 und 1896 brachten eine Wandlung: in Petersburg und anderen großen Industriestädten brachen eine ganze Reihe großer Streiks aus, die den Sozialdemokraten Gelegenheit boten, mit den Massen Fühlung zu gewinnen.

In den ersten Jahren war die Aufmerksamkeit der Partei vornehmlich auf den ökonomischen Kampf des Proletariats gerichtet und ihm zuliebe wurden seine politische Erziehung, sein politischer Kampf in Theorie und Praxis gänzlich in den Hintergrund geschoben. Ein Wandel in dieser Hinsicht geschahen zu haben, ist das Verdienst der Zistera (der Junke), die 1901 in Genf zu erscheinen begann. Sie betonte hauptsächlich die politischen Aufgaben und den politischen Charakter der Arbeiterbewegung, und die damit zusammenhängenden Fragen fanden in ihr die eingehendste Erörterung.

Wollte man die Geschichte der russischen Sozialdemokratie schreiben, so würde sie sich zum großen Teil mit der Geschichte der russischen Revolution decken. Denn es gibt kein bedeutenderes Ereignis im russischen Leben, das nicht in irgendeiner Weise mit dem Namen der Sozialdemokratie verbunden wäre: der russisch-japanische Krieg brachte eine fieberhafte Agitation gegen den Militarismus und die Abenteuerpolitik der Regierung; der 22. Januar war, wie die Forderungen der zum Winterpalais ziehenden Arbeiter beweisen, zweifellos ein Produkt der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit.

Das Jubiläum der Sozialdemokratie fällt in eine traurige Zeit: die Reaktion feiert ihren Sieg und erdrückt mit eiserner Faust jede Regung des feindlichen neuen Lebens. Tiefer Mismut, politische Gleichgültigkeit — das ist die vorherrschende Stimmung in weiten Volksschichten. Das Proletariat blutet noch aus den zahlreichen Wunden der Dogenberaube und muß nun zähneknirschend auch die Willkür der Kapitalistenklasse über sich ergehen lassen, die sich für die ihr während der Revolution entziffenen Zustände rächt. Auch die sozialdemokratische Partei selbst leidet unter der allgemeinen Depression: ihr Einfluß ist gesunken, ihre Organisationen sind geschwächt, die Arbeit schreitet nicht mehr so energisch fort.

Deutsches Reich.

Parlamentärsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 2. Mai. Die gesetzgeberische Heißjagd geht weiter; am Sonnabend wurde neben dem Versicherungsvertrag noch das Wechselprotektgesetz, das Unterstützungsmochnißgesetz und der kleine Beschäftigungsnachweis abgetan. Die Beratung über den Versicherungsvertrag gestaltete sich ausschließlich zu einer Debatte über die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge. Die freisinnigen Dove und Cuno wendeten sich natürlich auch gegen diese Verbesserungen. Ein Reichsparteiler verteidigte die Kruppischen „Wohlfahrts-Einrichtungen“, während die Genossen Hengsbach

und Sachsé nochmals mit aller Schärfe die Wohlfahrtsplage geißelten. Unter Ablehnung aller sozialdemokratischen Anträge blieb es bei den Kommissionsbeschlüssen. Das Gesetz über Erleichterung des Wechselprotektes wurde nach kurzen Erklärungen der Parteivertreter angenommen. Ohne jegliche Debatte fand die Novelle zum Gesetz über den Unterstützungsmochniß in 3. Lesung Annahme, dagegen währte die Debatte über den kleinen Beschäftigungsnachweis noch einige Stunden.

Der durch das Zentrum vermittelte Bloch lehnte alle sozialdemokratischen Anträge ab; auch diese Vorlage wurde mit einer kleinen Änderung in der Kommissionsfassung Gesetz. Der agrarische Gesetzentwurf über die Befreiung von der Tierhalterhaltung wurde auf Antrag der Rechten abgelehnt, da die Herren sehr schwach vertreten waren.

Montag: Ostmarkenzölle, Maß- und Gewichtordnung, Feuerungszulagen.

Aus der Budgetkommission.

In ihrer letzten Sitzung in dieser Session verhandelte die Budgetkommission über die Feuerungszulagen für die Beamten. Eingeleitet wurde die Beratung mit einer befristeten Geschäftsbudgetdebatte. Die Regierungsvorlage fordert 23 1/2 Millionen Mark, von denen an mittlere Beamte, deren Gehalt 4200 Mk. nicht übersteigt, 150 Mk. und an Unterbeamte 100 Mk. Zulage gewährt werden soll. Den etatsmäßig angestellten Beamten sind die diätarisch beschäftigten Beamten gleichgestellt, nur Arbeiter im Reichsdienst sind ausgeschlossen. Die Zulagen sind auf die kommende Gehaltsaufbesserung, wenn diese rückwirkend vom 1. April 1908 gemacht wird, anzurechnen. — Schatzsekretär Sydow halte im Plenum erklärt, daß diese Vorschläge das Äußerste seien, wozu sich die Regierung verstehen könne, jede Erweiterung nach oben oder unten sei unannehmbar. Und zu Beginn der heutigen Kommissionsitzung wiederholte er noch schroffer diese Erklärung, worauf nicht mit Unrecht entgegnet wurde, daß dann diese Beratung gespart werden könne. Besonders Gröber protestierte scharf gegen ein solches Vorgehen. Nachdem Sydow etwas kleinlaut seine Erklärung abzuschwächen versucht hatte, trat man in die Beratung ein. Das Zentrum stellte einige Anträge, von denen einer neben der Gehaltsböhe auch das Wohnungsgeld in Rechnung gezogen wissen, und der andere gewisse militärische Beamte berücksichtigen will. Nach langer Debatte, an der sich auch die Genossen Singer und Boske beteiligten, werden diese Anträge abgelehnt und die Regierungsvorlage einstimmig angenommen. Annahme findet auch die folgende Resolution:

Der Reichstag spricht bei Annahme des Nachtrags-Etats über die Gewährung außerordentlicher einmaliger Beihilfen die Erwartung aus, daß für die in den Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter, Danwerter und Hilfsarbeiter im Laufe des Rechnungsjahres eine angemessene Erhöhung ihrer Bezüge eintreten wird. Die Nachwekung hierüber ist dem Reichstage mit dem Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1909 zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Feuerungszulagen sind nun bewilligt, zum letztenmal, wie Sydow betont, denn wenn die Finanzreform nicht gelingt, gibt's im nächsten Jahr weder Feuerungszulage noch Gehaltsaufbesserung.

Die Eulenburgaffäre.

Am Freitag voriger Woche ist den Beteiligten im Prozeß Harden gegen den Redakteur der Neuen Freien Volkszeitung, Glädels, das Urteil des Münchener Gerichts zugestuft worden. In der Urteilsbegründung sind vor allem die Stellen von Interesse, in denen das Gericht sich über die Glaubwürdigkeit der Zeugen Nibel und Ernst äußert. Es heißt darin: „Die Aussagen der Zeugen Georg Nibel und Jakob Ernst erscheinen dem Gericht vollkommen glaubwürdig.“ Weiter den von der Münchener Polizeidirektion als nachlässig, jähzig und was sonst noch gekennzeichneten Mithändler Nibel sagt die Urteilsbegründung:

„Georg Nibel ist ein Mensch von einer sehr rauhen Außenseite. Er hat eine große Anzahl von Vorstrafen wegen Körperverletzung, groben Unfug, u. a. auch wegen Verleumdungen erlitten, weil er seinem Temperament und seinem jähigen Naturell offenbar niemals Bügel anzulegen gelernt hat und gegen jede vermeintliche und wirkliche Unbill, die ihm widerfuhr, in rücksichtsloser Weise aufbraute und vorgegangen ist.“

Nach diesem aus der persönlichen Vernehmung gewonnenen Eindruck konnte das Gericht auch der Aussage des Polizeikommissars, die sich im wesentlichen nur auf die Kenntnis der Akten stützte, keinen Wert beimessen:

„Die Folgerungen, welche Seuffert (der Polizeikommissar) aus den ihm gewordenen Mitteilungen zog, mußten gegenüber den mehrstündigen unmittelbaren Beobachtungen an Nibel durchaus zurücktreten. Sie stellten sich als nicht begründet dar. Nibels ganze Erzählung mit einer Anzahl von Einzelheiten, wie sie der raffinierteste Lügner kaum erfindet, und der gewandteste Betrüger nicht mit solcher Fertigkeit, Sicherheit und Widerspruchsfähigkeit zum Vortrag bringen konnte, machte den Eindruck unbefangener Glaubwürdigkeit. Rücksichtslos gegen sich und gegen andre schilberte Nibel sein ganzes Vorleben und alle die Vorgänge mit Eulenburg. Keine an ihn gestellte Frage ließ ihn zittern, schwanken oder sonstige Notausflüchte erkennen. Mit der unwürdigen Naivität, die den Grundzug seines Charakters bildet, gab er über alles, auch das ihm selbst Vermeidliche, unumwunden Auskunft. Dieser Eindruck der unbefangenen Glaubwürdigkeit seiner Angaben wurde noch dadurch bekräftigt, daß für ihn jedes Motiv zu einer unwarren Angabe wie etwa Geldgier, Haß, Rachsucht, Streben nach Anerkennung fehlte. Zudem fand die Aussage Nibels eine mächtige Stütze und Bestätigung in den Angaben des Ernst. Die Art und Weise, wie die Befundungen des Zeugen Ernst zustande kamen, schloßen jeden Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit aus. Der Zeuge, der sich als junger Bursche zu den von ihm bekundeten Unsitlichkeiten verhalten ließ, ist seitdem zu einem vernünftigen und hochangesehenen Bürger Starnbergs geworden. Die Angst um dieses Ansehen ließ ihn in der Hauptverhandlung stundenlang trotz einbringlicher Ermahnungen dabei beharren, es sei zwischen ihm und Eulenburg nie das geringste vorgekommen.“

Das Gericht betont dann weiter die Schwierigkeit, den Zeugen Ernst zu einer wahrheitsgemäßen Aussage zu bewegen und schließt daraus auf die Wichtigkeit der nach mehrfachen Ermahnungen gemachten Befundungen.

Nach dieser Urteilsbegründung müssen selbst die Blätter, die bisher direkt oder indirekt für Eulenburg Partei nahmen, zugeben, daß die Position ihres Schützlings sich immer mehr ver schlechert. Singu kommt noch, daß immer neue Zeugen auf-tauchen, die bereit sind, über das eigenartige Vorleben des Fürsten Aussagen zu machen. So teilt die Berliner Zeitung am Mittwoch mit, daß Nibel schon während seiner Soldatenzeit seinen Kameraden erzählte, er bekomme von einem Grafen (Eulenburg) vor damals Graf) häufig Geld geschickt. Das Blatt macht noch eine Reihe weiterer Angaben, die auf Eulenburgs Schuld hindeuten. Der Wahrsche Kurier berichtet, daß in Starnberg noch mehrere Personen seien, die neben dem Fischer Ernst dem Fürsten „nahegestanden“ haben. Einem von dem letztgenannten

Blatte nach Starnberg gesandten Berichterstatter erklärte Ernst außerdem, daß er in den letzten Tagen einen sehr wichtigen Brief aus Berlin erhalten habe, der große Sensation erregen werde. Er wolle diesen Brief dem Staatsanwalt übergeben und da werde sich wieder einmal etwas Großes abspielen. In Starnberg ist man der Ansicht, daß es sich hierbei um einen neuen Prozeß Harden gegen Moltke handele, so daß man auf große Enthüllungen gefaßt sein kann.

So gerät der adlige Sünder auf Liebenberg immer tiefer in die Patsche hinein. Das hält ihn aber nicht ab, nach wie vor den Siegesgewissen zu mimieren. Neben die Vernehmungen Eulenburgs durch die Berliner Gerichtskommission wird noch des näheren gemeldet:

Der Fürst empfing die Gerichtskommission, die aus sieben Personen bestand, in ruhiger Weise und ließ sich nach der gerichtsarztlichen Untersuchung von Landgerichtsrat Schmidt eingehend vernehmen. Er war durchaus sitzgegewiß und erklärte, daß sich bei einer Gegenüberstellung mit den Zeugen alles zu seinen Gunsten aufklären würde. Der Fürst will sich unter allen Umständen zu der Gerichtsverhandlung nach Berlin begeben lassen, „und wenn er sich im Bett in den Gerichtssaal tragen lassen müßte“, um mit den Zeugen konfrontiert zu werden. Sollte dies angesichts seines Zustandes nicht möglich sein, so müßte sich der Gerichtshof mit dem Staatsanwalt, den Verteidigern und den Zeugen nach Liebenberg begeben.

Eulenburg sucht also noch immer den Eindruck aufrecht zu erhalten, daß er das Opfer einer Personenverwechslung geworden sei, obwohl die beiden Zeugen Nibel und Ernst auf das bestimmteste versichern: „Wir kennen den Fürsten Eulenburg ganz genau!“ Dieser hütet sich dem auch wohlweislich, irgend etwas zu unternehmen, was die Dinge in einem für ihn günstigeren Lichte erscheinen lassen könnte. Eine Berliner Korrespondenz widerlegt ausdrücklich die Nachricht, daß Eulenburg gegen Nibel und Ernst Strafanzeige wegen Meineids erstattet habe. Ebenfalls hat er bisher irgendeinen Schritt gegen die Blätter unternommen, die ihn offen in den stärksten Ausdrücken der wissenschaftlichen groben Verleumdung der Eidespflicht beschuldigt haben. Die ostentativ zur Schau getragene Siegesgewißheit wird bald einem Kopfschmerz weichen.

Wer will unter die Diplomaten? :

Bei den letzten Vernehmungen über den Etal des Auswärtigen hatte der Staatssekretär v. Schoen über die Karriere des Diplomaten bekanntlich geäußert, zu einem guten Diplomaten gehöre guter Name, gute Figur, gutes Einkommen und gutes Französisch. Von „guten“ Kenntnissen war keine Rede, und nach den letzten Erfahrungen, die man bei der Affäre Hill machen konnte, scheinen sie nicht einmal eine angenehme Beigabe zu sein. Daß sich in diesen Dingen trotz der Verprechungen des Herrn v. Schoen, die er auf verschiedene Angriffe im Reichstage hin machte, im Grunde nur wenig in Zukunft ändern wird, beweisen folgende einleitende Sätze der neuen Bestimmungen über den Eintritt in den diplomatischen Dienst:

Die Zulassung zur Vorbereitung für die diplomatische Laufbahn setzt den Besitz der für den diplomatischen Dienst erforderlichen Eigenschaften voraus, worüber der Reichskanzler nach freiem Ermessen entscheidet. Sie ist im übrigen bedingt:

- 1. durch den Nachweis hinreichender wissenschaftlicher Kenntnisse; 2. durch das Bestehen einer Vorprüfung in der französischen und der englischen Sprache.

Der Nachweis hinreichender wissenschaftlicher Kenntnisse ist in der Regel durch die erfolgreiche Ablegung der ersten juristischen Prüfung in einem Bundesstaate zu erbringen.

Gesuche um Zulassung zum diplomatischen Dienste sind an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu richten. Dem Gesuche sind beizufügen: ein selbstgezeichnete Lebenslauf, Zeugnisse über abgelegte Prüfungen, ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand, eine Erklärung über die Vermögenslage, ein Nachweis über die Militärverhältnisse.

Mit anderen Worten: der Reichskanzler hat das freie Ermessen, über die „für den diplomatischen Dienst erforderlichen Eigenschaften“ zu entscheiden; die wissenschaftliche Befähigung ist nur „im übrigen“ bedingt, und das Interesse an dem Einkommen des Diplomaten äußert sich wiederum schon in den einleitenden Sätzen. Das Privileg für reiche Junkerjünglinge bleibt das alte — zur Freude des Auslandes. Dieses hat die deutschen „Diplomaten“ schon lange zu schätzen gewußt, die ihre innere Dürftigkeit durch ein äußeres Spekulum zu überblenden bestrebt sind.

Freiwilligsumperei.

Uebereinstimmend berichten verschiedene „freisinnige“ Blätter über ein Wahlkompromiß, das für den Wahlkreis Ober- und Niederbarnim zwischen den konservativen und freisinnigen abgeschlossen worden ist. Der Kreis hat drei Mandate zu vergeben, die für die bürgerlichen Parteien wenigstens teilweise stark gefährdet sind, da zu Ober- und Niederbarnim die großen östlichen und nördlichen Vororte Berlins mit starker Arbeiterbevölkerung gehören. Die konservativen Wodbrüder der Kopsch und Wagnide haben es deshalb mit der Angst zu tun gekriegt und ein Kompromiß auf der Basis angeboten, daß sie zwei Mandate behalten und das dritte der freisinnigen Volkspartei abtreten, wofür sich die edlen Seelen gegenseitige Beihilfe zu leisten haben. Die unentwegt Liberalen sind darauf auch eingegangen, natürlich ohne etwas von ihren bewährten „liberalen Prinzipien“ aufzugeben. In welchem Nummer aber, in der die bösische Zeitung diesen schmäligen Handel ihren Lesern mitteilt, bringt es das waschecht liberale Blatt fertig, den Nationalliberalen Vorwürfe zu machen, weil sie mit den konservativen Wahlbündnisse abschließen. „Freisinnige“ Bestimmungsfähigkeit!

Steuerreform und Sprachenparagraf im reichsländischen Landesausschuß.

Vor kurzem hat die Elsaß-Lothringische Regierung eine Denkschrift herausgegeben, in der sie sich mit einer an ihr ganz ungewohnten Entschiedenheit für eine durchgreifende Steuerreform auf Grundlage der progressiven Einkommensteuer und für ein besonderes Gemeindeabgabengesetz erklärte, das den Gemeinden nach preussischem Muster einen ziemlich weiten Spielraum in der Erhebung besonderer Abgaben beließ. Wenn die von der Regierung anerkannten Grundsätze in die Praxis umgesetzt werden sollten, würde Elsaß-Lothringen auf dem Gebiete der Steuerpolitik in der Tat einen mächtigen Schritt nach vorwärts tun. Ja — wenn! Schon bei Erscheinen der Denkschrift bemerkte die Elsaß-Lothringische Parteipresse, daß die Denkschrift eine zu reformfreundliche Haltung einnehme, als daß der ver-zögerte Landesausschuß ihr ohne weiteres seine Zustimmung erteilen werde. Und so kam es. Am letzten Mittwoch stand die Denkschrift zur Beratung im Landesausschuß. Alle Redner hatten an ihr herumzumakeln, keiner wollte sich für sie erwärmen. Die Regierung wird ein gutes Stück Energie gegen

müssen, wenn sie etwas durchsetzen will. Aber in solchen, in fortschrittlichen Dingen fehlt es ihr sehr an dieser Eigenschaft. Energie zeigt sie nur in „nationalen“ Dingen. Das zeigte sich erst wieder am Donnerstag bei der Beratung des Antrages der Liberalen und Fortschrittler auf Landesgesetzliche Regelung des Sprachunterrichts. Zwar hat die Essig-Lothringische Regierung in ihren soeben herausgegebenen Ausführungsbestimmungen zum neuen Vereinsgesetz den Mißbrauch der französischen Sprache in öffentlichen Versammlungen allgemein gestattet und es ferner den Bezirkspräsidenten überlassen, auch andere Sprachen, zumal die Italienische, für Gewerkschaftversammlungen zuzulassen, aber — so meinte Herr Unterstaatssekretär Mandel — sie habe das nur getan, weil nicht alle Essig-Lothringischen Reichstagsabgeordneten sich bei diesem Gesetze in der Opposition befunden hätten. Zwei von ihnen hätten die „nationale“ Politik der Regierung unterstützt, und nur diesen beiden braven Schäfchen, den Herren Gregoire und Döffel, sei es zu danken, daß die Essig-Lothringier im Besitze ihrer bisherigen „Freiheiten“ bleiben.

Man kann sich denken, mit welcher Wonne dieses perfide Geschwätz von den erlesenen Reichstagen des Landesausschusses zu einer bonnernden Entrüstungsdemonstration ausgenutzt wurde. Die Herren Gauß und Breich, zwei Rostocker politischer Charakterlosigkeit, nannten die Stellungnahme Mandels eine „Prämie auf politische Charakterlosigkeit“, was sie natürlich auch ist, was aber aus dem Munde dieser Ausschüßmollusken zu hören sich höchst komisch ausnahm. Besonders perfide zeigten sich die Fortschrittler. Sie stimmten der Regierung zu. Freilich! Sie dürfen ja in ihrer Muttersprache reden! Was kümmern sie Polen, Dänen usw.! Eine tsaurische Gesellschaft, diese Fortschrittler, und eine umbanfahre dazu; denn die Polen haben den Essig-Lothringern auch in einer Zeit zur Seite gestanden, wo die jetzigen nationalen Parteien jeden Reichständer als Reichsfeind betrachteten.

Berlin, 4. Mai. Dem Reichstag ging ein Weisbuch über die Vorgänge in Marokko zu, das etwa 200 Druckseiten umfaßt. Die Urkunden, die zur Veröffentlichung gelangen, betreffen die Ereignisse, die sich von der Besetzung von Casablanca bis in die letzten Wochen hinein abgespielt haben. Weiter wurde den Reichstagsabgeordneten der Entwurf eines Gesetzes über die Minderung der Wechselsteuereinfuhrung zugestellt.

Niederding, der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, feiert seinen 70. Geburtstag, was der bürgerlichen Presse Veranlassung gibt, dem verdienstvollen Reaktionsvordenker zu streuen. Wir unterstellen diesem berufenen Preisrichter der deutschen Klassenjustiz, daß er sich bald pensionieren lassen möge.

Berlin, 4. Mai. Zu einer weiteren Abplüttung ist es im Nürnberger Freisinnslager gekommen, nachdem die Berliner Anhänger der Richtung Barth-Verlach-Breitscheld vor einer Woche vorangegangen waren. Am Sonntag beschloß die Generalversammlung der nationalsozialistischen Vereinigung in Nürnberg ihren Austritt aus dem Wahlverein der Liberalen (Freisinnige Vereinigung). Bei der numerischen Schwäche dieser Ortsgruppe bedeutet der Schritt keine wesentliche Schwächung der freisinnigen Partei.

ab. In den preussischen Landtagswahlen hat die Ortsgruppe Berlin des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht beschlossen, ihren Mitgliedern zur Pflicht zu machen, nur sozialdemokratische Kandidaten und die beiden sozialliberalen Kandidaten Dr. Breitscheld und Witt zu unterstützen. Die sozialparteilichen Kandidaten hatten die Forderungen der bürgerlichen Frauen nach Schaffung eines freirechtlichen Wahlrechts für Männer und Frauen entweder abgelehnt oder nicht zufriedenstellend und klar beantwortet.

gt. Eine Organisation der Schulleute wurde in Bayreuth gegründet. Der Magistrat hat seine Genehmigung dazu gegeben. Der Anschluß an den Landesverband der Schulleute soll eventuell ebenfalls genehmigt werden, doch sind vor der endgültigen Entscheidung die Statuten des Landesverbandes vorzulegen. Wahrscheinlich will man sich überzeugen, ob der Verband seine „staatsgefährlichen“ Zwecke verfolgt. In Nürnberg bestand vor einigen Jahren schon eine Organisation der Volkshilfsstellen, als diese aber dem Landesverband beitreten wollten, befiel der freisinnige Stadtmagistrat den Schulleuten, aus dem Verein auszutreten.

Neue politische Nachrichten. Die kroatische Landesregierung beschließt, die Universität in Agrar wegen des Studentenstreiks auf die Dauer eines Semesters zu schließen. Der Rektor der Universität hat einen einmonatigen Urlaub angetreten. — In Peru ist die fällige Revolution ausgebrochen, die von Truppen wieder unterdrückt wurde. — In Kalkutta (Britisch-Indien) wurde ein großes Lager von Explosivstoffen, Bomben usw. entdeckt und 80 Eingeborene verhaftet.

Schweiz.

Das Volk gegen die Erhöhungen der Beamtenbesoldungen.
Zürich, 30. April. Das Thurgauer Volk hat am 26. April zum zweiten Male ein Gesetz, durch welches die Besoldungen der obersten Beamten des Kantons erhöht werden sollten, mit sehr großem Mehr verworfen. Das Gesetz sah unter anderem für die Mitglieder der Regierung eine Besoldung von 6000 Franken (bisher 4000 Franken), für die Mitglieder des Obergerichts von 4000 Franken, für den Staatsanwalt von 5000 Franken (bisher 2600) vor. Der Thurgauer Bauer ist aber offenbar der Ansicht, daß ein mit 4000 Franken bezahlter Regierungsrat ganz herrlich leben könne und daß das Amt eines Staatsanwalts als notwendiges Uebel zu betrachten sei, für das sich eine große Ausgabe nicht lohne!

Italien.

Ein Klassenkampf.

Ein Landarbeiterstreik von ungeheurer Ausdehnung ist in der italienischen Provinz Parma ausgebrochen, der einen stark politischen Anstrich besitzt. Bei der Erbitterung, mit der von beiden Seiten der Kampf ausgetragen wird, und dem provozierenden Vorgehen der Regierung, die massenhaft Militär in das Auslandsgebiet wirft, ist es leicht möglich, daß es zu Zusammenstößen der Streikenden mit den Organen der staatlichen Gewalt kommt. Ueber die Situation berichten die nachstehenden Telegramme:

Rom, 2. Mai. In der Provinz Parma sind gegen 20 000 organisierte Pächter und Bauernknechte in den Generalausstand eingetreten. Die Besizer versuchen, das Vieh, soweit es noch nicht fortgeschafft ist, unter dem Schutz der Behörden der benachbarten Provinzen abzuführen. Die Streikenden verhindern jedoch die Besizer, die notwendigen Landarbeiten selbst zu verrichten, das Vieh zu besorgen oder fortzuschaffen. Frauen und Kinder legen sich quer über die Straßen, um auf diesem Wege die Besizer zu zwingen, das Vieh in die Ställe zurückzuführen. Heute hielten die Streikenden über dreihundert Versammlungen ab, auch die Besizervereinerung beriet über die Lage. Sie ist bereit, den Klassenkampf bis zum äußersten durchzuführen. Die Behörde zieht indessen Militär in das Streikgebiet heran.

Rom, 4. Mai. Die Lage in der Provinz Parma wird immer ernster. Es heißt, daß der Belagerungsstand über die Provinz verhängt werden soll. Die Zahl der ausständigen Landarbeiter beträgt an 50 000. Täglich werden Truppenverstärkungen nach den Hauptplazierungszentren abgeschickt. Die Abgeordneten der Provinz bemühen sich, die Bevölkerung zu beruhigen und versuchen, die Regierung zu einer Vermittlung zu bewegen. Kenner der Verhältnisse versichern, daß es sich um

einen Kampf um Leben und Tod zwischen den Pächtern und Landarbeitern handelt, dessen Ausgang nicht voraussehen sei.

Frankreich.

Die Gemeinderatswahlen in Paris.

Paris, 3. Mai. Die Gemeinderatswahlen sind in Paris ruhig verlaufen. Von 80 Kandidaten sind 55 gewählt; 25 kommen in die Stichwahl. Die Mehrheit der bisherigen Gemeinderäte ist wiedergewählt, so daß die republikanische Mehrheit sich weiter behauptet.

Marokko.

Ein Vorstoß Abdul Ahs.

Paris, 4. Mai. Gestern traf ein vom Admiral Philibert abgefasstes Telegramm ein, das die Besetzung der marokkanischen Hafenstadt Saffi durch Truppen des Sultans Abdul Ahs meldet. Der Verlust Saffis bedeutet für Wluch Hafid die Unterbindung des Waffen- und Munitionsnachschubes.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Umsatzsteuer.

Eine merkwürdige Mißgeburt hat im sächsischen Landtage das Licht der Welt erblickt. Die Diskussion über den konservativen Umsatzsteuerantrag Spieß und Genossen in der Zweiten Kammer war bekanntlich ausgefallen wie das Hornberger Schiefen. Bald darauf wurde bekannt, daß die Mittelständler dem Landtage eine zweite Petition um Einführung einer Umsatzsteuer noch in diesem Landtage unterbreitet haben. Jetzt ist der Zweiten Kammer nun folgender neuer Antrag zugegangen:

Die Kammer wolle beschließen:
I. den Antrag Dr. Spieß unter I in folgender Gestalt anzunehmen:
die königliche Staatsregierung zu ersuchen, den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches

1. Warenhäuser, deren Begriff im Gesetze ausdrücklich zu bestimmen ist,
2. Zweiggeschäfte von solchen Geschäften, in denen im Kleinhandel Lebensmittel, Genussmittel, Bekleidungsgegenstände, Heiz- und Beleuchtungsstoffe und ähnliche für den täglichen Gebrauch bestimmte Waren verkauft werden,
3. Großbetriebe, bei denen der Begriff für die einzelnen Gemeinden unter Berücksichtigung ihrer Einwohnerzahl nach dem Umfange oder einem anderen Merkmal abgestuft ist, insofern sie nicht in der Hand eines Einzelkaufmanns oder einer offenen Handelsgesellschaft Gegenstände der in Nr. 2 bezeichneten Art verkaufen, mit Ausnahme jedoch solcher Großbetriebe, welche lediglich die Vermittlung des Bezuges von Waren bezwecken, die ihrer Natur nach ausschließlich für den Gewerbebetrieb des Abnehmers bestimmt sind, und mit Ausnahme solcher Genossenschaften oder Vereinigungen, deren Zweck in der Vermittlung des Betriebes der eigenen Erzeugnisse ihrer Mitglieder im Kleinhandel besteht, mit einer Steuer belegt werden, deren Ertrag den Gemeinden überwiesen wird, die oder nicht auf Lieferanten oder andere Handel- und Gewerbebetreibende abgewälzt werden kann;

II. den Antrag Dr. Spieß unter II aber durch die inzwischen erfolgten Erklärungen der königlichen Staatsregierung für erledigt zu erklären.
Die Punkte I Nr. 1 und Nr. 2 sowie II beantragen der Berichterstatter und der Mitberichterstatter, den Punkt I Nr. 3 beantragt nur der Berichterstatter.

Müller (Leipzig), Mitberichterstatter.
Dr. Schanz, Berichterstatter.

Der neue Antrag ist also auch von dem Leipziger Nationalliberalen Müller unterzeichnet worden, der sich allerdings den Abschnitt 3 unter I nicht zu eigen gemacht hat. Die Umsatzsteuer auf Warenhäuser und Detailgeschäfte fordert jedoch auch der Nationalliberale. Und er steht sicher nicht allein in seiner Fraktion.

Der neue Antrag unterscheidet sich von dem Antrag Spieß zunächst durch den Verzicht auf das Verbot an die Beamten, Konsumvereine anzugehören, weil ein solches Verbot nach Lage der Gesetzgebung nicht angängig ist. Weiter verlangt der Antrag die Vorschrift, daß die Steuer nicht auf Lieferanten usw. abgewälzt werden dürfe. Leider ist der Weg angegangen vergessen worden, wie diese Vorschrift erfüllt werden kann. Der Passus verlangt geradezu von der Regierung, die Quadratur des Kreises zu suchen. Interessant wird es jedenfalls werden, zu sehen, wie sich zunächst die privilegierten Gesetzgeber der Zweiten Kammer zu dem neuen Umsatzsteuervorschlag verhalten werden.

Die „Liberalen“ und das Landtagswahlrecht.

Im Verein der Liberalen in Dresden sprach Oberlehrer Dr. Barge-Reipzig über die sächsische Wahlreform und bekannte sich als einen entschiedenen Anhänger des allgemeinen gleichen Wahlrechts und wünschte dessen Uebertragung auf die Landtagswahlen. Für den „entschiedenen“ Liberalismus bedeute die Einführung des Reichstagswahlrechts eine Lebensfrage. Jetzt bedürfe die Regierung (1), um die Macht der Reaktion zu brechen, der Unterstützung des ganzen Volkes. So schwer die Reaktion der Regierung ihre Aufgabe mache, so leicht sollte sie ihr von liberaler Seite gemacht werden. Der Minister des Innern sei zweifellos vom besten Willen besetzt, das solle die Wählerchaft ebenso anerkennen, wie die mancherlei Vorzüge in dem neuen Entwurf: Wegfall des Unterschieds zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen, Einführung der Verhältniswahl. Das von der Kammermehrheit vorgeschlagene Pluralwahlrecht sei für den Liberalismus unannehmbar. Dem liberalen Konfessionsrat wurde von unsern Genossen Reichstagsabg. Eichhorn und Redakteur Fleißner geantwortet, daß die Arbeiterchaft im Kampfe um das allgemeine Wahlrecht sich nur auf die eigene Kraft verlassen und sich von den „liberalen“ Schaumschlageren nicht irreführen lassen werde. Das ist auch ein netter „Liberalismus“, der seine Hoffnung auf ein freies Wahlrecht auf einen Hohenthal setzt, der unter allen Umständen „Rezerben“ gegen die Sozialdemokratie verlangt und das gleiche Wahlrecht fürchtet wie die Pest.

-n. Vom suspendierten Werdnauer Bürgermeister. Die einstweilige Amtenhebung des Bürgermeisters Sachs in Werdnau ist bekanntlich infolge einer Anzeig des ehemaligen Ratsbeamten Zimmer erfolgt. Die Veranlassung zu dieser Affäre gab die im Februar vorigen Jahres stattgehabene Entlassung des die Stellung eines Ratssekretärs bekleidenden Beamten. Zimmer war von

Essenberg mit der Hoffnung auf eine sichere Position angeblich auf Veranlassung Sachs nach Werdnau gekommen, mit einem Gehalte von 2400 Mk. angestellt und als Beamter vereidigt worden. Er hielt seine Position für unantastbar und pensionsberechtigt, unterließ es aber, sich die angeblich mündlich gemachten Zusicherungen schriftlich bestätigen zu lassen. Am 16. Februar v. J. erkrankte er an Neurasthenie und wurde auf Veranlassung des Bürgermeisters Sachs zum 1. Juli genehmigt. Angeblich hielt der Rat die Krankheit für Simulation, trotzdem Zimmer durch ärztliches Attest den Nachweis seiner Erkrankung erbrachte. Es half ihm nichts, ohne Pension wurde er entlassen. Er suchte seine Entlassung durch alle Instanzen an und verlangte entweder Pension oder Wiederanstellung. Auf Grund des Urteils mußte er abgewiesen werden. Die Verhandlung in letzter Instanz vor dem Obergerichtspräsidenten gestaltete sich äußerst dramatisch. Zimmer griff den anwesenden Bürgermeister scharf an und erklärte u. a., daß die Verhandlungen mit Sachs in Werdnau nicht in dem hier an Gerichtsstelle herrschenden „anständigen“ Tone geführt worden seien. „Sie glauben gar nicht, meine Herren, in welcher Weise er mit mir verhandelt hat!“ erklärte der broilos gewordene alte Beamte. Als die Abweisung seiner Klage ausgesprochen war, meinte er: „Ich weis nicht, was nun mit mir werden soll!“ — Noch schärfer jag im Vorjahre am Obergerichtspräsidenten ein nach 18jähriger Tätigkeit ebenfalls ohne Pension entlassener Wasserwerksbuchhalter namens Lippmann gegen den Bürgermeister vom Leber. Der alte Mann war im Jahre 1901 in Werdnau mit einem Gehalte von 1000 Mk. angestellt worden. Nachdem er sich im Laufe der 13 Jahre bis auf 1500 Mk. emporgearbeitet hatte, war im Januar 1904 die Kündigung erfolgt. Angeblich weis Lippmann seine Arbeiten nicht zufriedenstellend erledigte — nach 13 Jahren! Die Begründung seiner Klage war eine einzige Reihe von Anschuldigungen Sachs. Der im Dienst ergrautete Beamte erzählte seine Erlebnisse mit dem Bürgermeister. Unter anderem berichtete er folgendes: als er wegen der sich immer mehr häufenden Arbeiten einst um Gehaltzulage eingekommen sei, habe er einen ablehnenden Bescheid erhalten. Als Vergünstigung wollte man ihm erlauben, seine Bureauezeit auf 8—1 Uhr zu beschränken. Eine höchst eigenartige Summierung; weil sich die Arbeiten mehr und mehr anhäufeten, erlaube man dem Beamten, die Bureauezeit einzuschränken und in dieser beschränkten Zeit die Arbeiten zu erledigen. — Auf die weitere Entwicklung der Affäre darf man wirklich neugierig sein.

Wie patriotische Stimmung gemacht wird: Der Dresdner Volksgesundung wird geschrieben: Schon oft konnten wir hören, wie in bürgerlichen Zeitungen bei Besuchen hoher und höchster Fürstlichkeiten in Betrieben usw. von den Arbeitern gesagt wurde, daß sie „beglückert“ dem Fürsten „gejubelt“ und „juchzelt“ hätten. Oft schon sagten wir, daß diese Beglückertung keineswegs immer echt sei, sondern nicht selten unter dem Druck des Unternehmers künstlich erzeugt werde. Ein recht drastisches Beispiel offenbart sich jetzt in der Schiffsfabrik von W. Schmidt (Inhaber J. Schaeffer, Konsul a. D.), Köhlscheu u. o. a. Am Montag, den 4. Mai, wird der König von Sachsen diesen Betrieb besichtigen. Dazu ist es nach Ansicht des Unternehmers aber notwendig, daß die Arbeiter bei der Abfahrt aus dem Betriebe die nötige Beglückertung zur Schau tragen, weshalb an die fast vollständig organisierte Arbeiterchaft wiederholt das Ansinnen gestellt wurde, die üblichen Hochs auszubringen. Die Arbeiter, wenigstens soweit sie organisiert sind, weigern sich aber, sich dazu kommandieren zu lassen. Darob ist der Unternehmer selbstverständlich sehr verstimmt. In seiner Verzweiflung hat er die Arbeiter, ihn ja nicht im Stiche zu lassen. Sie, die Arbeiter, könnten ja in ihren Gedanken das Hoch auf — Nebel ausbringen. Was sagen die Ordnungshelden zu dieser Beglückertungsweise?

Dresden. Die Heilige Driskasse, wohl die zweitgrößte im Reich, zählte am Jahreschlusse 104 888 (60 223 männliche, 44 665 weibliche) Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist besonders rasch gestiegen, ein Zeichen, daß die Arbeiter-größeren Maße die Unternehmer die Frauen in die Betriebe ziehen. An Kronhonoren sind im verflochtenen Jahre 647 481 Mk. für Krone und sonstige Hilfsmittel 472 408 Mk. gezahlt worden. An Krankengeld an Mitglieder wurden 1 061 594 Mk. aufgewendet. Besonders der Verbrauch an Arznei ist ganz unverhältnismäßig gestiegen. Einnahmen und Ausgaben der Kasse schloßen mit 897 706 Mk., das Vermögen betrug 3 796 336 Mk. In der Generalversammlung des Vorjahres, Genosse Fräßdorf, darauf hin, daß der Ansturm der nationalen Beamten auf den Vorstand aus Anlaß der Durchführung des Tarifs für die Ortskrankenkassen im vergangenen Jahre vollständig abgelehnt sei und lediglich den Beamten selbst gebildet habe. Das Verhältnis zwischen den Unternehmern und Arbeitervertretern sei durchaus erstklassig und habe sich auch in den Stürmen des Vorjahres bewährt. Der Vorliegende hob auch besonders die Vorzüge des Bezirksarztsystems hervor, das die Kasse vor den schweren finanziellen Schäden bewahrt habe, die andere Kassen mit freiem Arztwahlsystem gerade im letzten Monat anläßlich der Influenzasepidemie durchzumachen hatten. Die Krankenziffer sei nicht über 4 Prozent gestiegen, während andere Kassen zum Teil 10 und 12 Prozent gehabt hätten. Genosse Fräßdorf wies auf die bevorstehende Reform des Versicherungswesens hin. Es ist noch kein fester Plan ersichtlich, nach dem verfahren werden soll. Am meisten schmeie die Halbierung der Beiträge und die entsprechende Zahl der Vertreter Aussicht zu haben. Es gäbe aber auch in Unternehmertreuen darüber sehr geteilte Meinungen, zumal gewisse Kreise ja so schon über die Lasten der Versicherungen klagten.

Chemnitz. Ein Untersuchungsrichter des Landgerichts Chemnitz hat sich kürzlich ein nettes Pensorküchlein geleistet. Im Chemnitzer Untersuchungsgefängnis schmachtet seit einem Vierteljahr ein Maurer wegen angeblicher Erpressung. An den Gefangenen schrieb nun vor einiger Zeit die Schwägerin einen rührenden Brief. Sie schildert den Transport ihres kranken Kindes und schreibt unter anderem: „Wir haben den kranken Jungen gleich mit dem Wagen und mit Hilfe der ausnahmsweise sehr lebenswürdigen Bahnbeamten in das Coups gegeben.“ Der Landrichter sah die Worte „ausnahmsweise sehr lebenswürdigen Bahnbeamten“ mit Blaustrich in Klammern und sandte der Frau folgendes Schreiben:

Mitteltung. Es wird Ihnen mitgeteilt, daß Ihr beiliegendes Brief vom 28. III. 08 von hier aus nicht weiter befördert wird, da er eine unangehörige Bemertung gegen die R. S. Bahnbeamtenchaft enthält.

Man weiß wirklich nicht, was man zu einer derartigen Benser sagen soll. Daß die königliche sächsische Bahnbeamten ausnahmsweise sehr lebenswürdig waren, also mehr taten, als ihre Pflicht und Schuldigkeit war, kann doch wahrhaftig nur als Lob aufgeführt werden.

Freiberg. Die Stabsverordneten stimmten dem Ratsbeschlusse über Einrichtung einer Säuglings- und Mutterberatungsstelle einstimmig zu und bewilligten die vorgeschlagenen Geldmittel. In dieser Beratungsstelle soll den Müttern durch einen Arzt unentgeltlich Rat für die Behandlung der Säuglinge erteilt, bedürftigen Müttern Anweisungen auf Arzneien für kranke Säuglinge und Anweisungen auf Milch, und stillenden Müttern Geldbeiträge als Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst gegeben werden. Der Rat hat für die Beratungsstelle für dieses Jahr 850 Mk. zu Unterstufungen ausgeworfen.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Durch plötzlich niedergehenden Gestein wurden in Waldenburg drei Arbeiter verschüttet, und einer von ihnen, Bauer Kammel aus Neuhain, konnte nur als Leiche geborgen werden. Der Bauer Kammel aus Oberwaldenburg wurde zwar noch lebend aus Tageslicht gebracht, aber er ist so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß; der Bauer Hermann aus Neuhain erlitt einen Armbruch. — Der siebenjährige Sohn des Gutspächters Bachmann in Niederhafflau weckte im Kuhstall und kam



Königs-Automat u. Restaurant

Abzahlungsgeschäfte S. Sachs, Nikolaistr. 81 I-IV.

Aquarien Arthur Mühlner, Nürnbergerstr. 24

Bäckereien, Konditoreien Paul Gärtner, Reudn., Tübchenweg 60

Berufskleidung J. Blüthgen, Tübchenweg 8

Brauereien, Bierhandlg. Brauerei C. W. Naumann, Leipzig-Plagwitz

Offenbrauerei L. Thonberg, anerkannt vorzügliche Biere!

Markranstädter Brauerei (Zeh & Co.) haben sich schnell durch Güte u. Wohlgeschm. best. eingef.

F. A. Ulrich, Dampfbrauerei Zwenkau A. G. Zwenkau.

Bilder-Einrahmungen Paul Linke, Eisenbahnstr. 11

Briketts, Kohlen Paul Meyer, Sell., Ostheimstr. 19

Rich. Foerstendorf, Plagwitz, Weissenfelsenstr. 24.

Büsten f. Schneiderinnen W. Schmerwitz, Weststr. 14. Tel. 12245.

Butterhandlungen Max Busch, Reudn., Dresd. Str. 67

Bürsten, Besen, Pinsel M. Seidel, Go., Elisabethstr. 11.

Cacao, Schokolade Thekla Keller, Klzsch., Dieskaustrasse 11.

Franz Keilhold Hospitalstrasse 14 Tübchenweg 18.

Cigarrenhandlungen O. Agate, Plagw., Weissenf. Str. 61

Fürst Potemkin M. Giesler, Pl., Fr.-Aug.-Str. 27, u. Blf. A. Grässer, Lind., Burgauenstr. 13.

Paul Grimm Nachf., Wintergärtenstr. 13.

Damen-Konfektion M. Mittag, Stött., Leipz. Str. 10. I. M. Engmann, Klzsch., Dieskaustr. 30.

M. Richter, Damen-Konfektion, Kinder-Konfektion, Spez. Röcke, Blusen Plagwitz, Zschoch. Strasse.

Damen-Monats-Garderobe A. Schröter, Alexanderstr. 17, II, getr. D.-Gard. bill.

Drogen, Farben Adler-Drogerie, Zeitzer Str. 37b.

Fahrräder, Nähmaschinen Carl Dahnhardt, Dresdner Str. 82.

Bravou-Räder Klarner u. Eckhardt Eisenstrasse 12.

Färbereien, Wäschereien Paul Hilmer, Weissenfelsen Str. 17, Stöt., Hauptstr. 57, Sophienstr. 6.

Fischhandlungen B. Krabs, Tauchaer Strasse 10.

Fleischerereien P. Bernecker, Pl., Markranst. Str. 27.

Friseur, Barbier Alfred Lissey, Seeburgstrasse 26.

Galanterie-, Luxuswaren Arbeitl. Leute verdienen sof. Geld durch d. Verk. auf tägl. Bed.-Art.

Gelegethekkäufe Bernh. Augustin, Seeburgstr. 23.

Grammophon, Sprechm. M. Grune, Linden., Hebelstr. 26b.

Gravir-Anstalten Art. Köhler, Nürnberger Str. 82.

Haut- u. Küchengeräte O. Galtzsch, Wahren, Königstr. 80.

Herren-Artikel Joh. Köst, Kreuzstrasse 46.

Herren-Schneiderei, Stoffe F. Bilski, Eberhardstrasse 7, pt.

Herren-Garderobe Monats-Garderobe, Blauner, Reichsstrasse 30, I.

Thilo Hühne, R. Neumann, Brühl 27.

Br. Purfürst, Str. 2, Ecke Lpz. Str. Knabengarderobe, Massanfertig.

Hüte, Mützen Frd. Bachmann, Winterg.-Str. 12.

Koller, Lederwaren K. Blüch, Windmstr. 32, Tauch. Str. 16.

Kaffee und Tee Herm. Schirmer Nachf., Hauptg. Grimmaische Str. 32.

Kolonialwaren Arnold, Brantw., Mf., Braustr. 2.

F. R. Kunzke, (Meyersche Häuser) G. Lerche, Sell., Ostheimstr. 2.

L. Matthias, Speiz.: Weinhandl. und Weinstube.

Korbwaren, Kinderwagen Königs Nachf., Schützenstr. 4.

Kranken-Bedarf-Artikel Ed. Behrens, Lind., Mersb. Str. 95.

Alex. Schaedel Hauptgesch. Reichsstr. 14

Kurz- und Wollwaren Aug. Besser, Pl., Zschoch. Str. 49.

Manufakturwaren Gaebler Nachf. E. Kreuz u. Gabelsbergstr. Modew., Kleiderstoffe.

Möbel-Magazine Rich. Arnolds Möbelhaus, Größtes Möbelhaus des Ostens.

Börner u. Naumann, Mückern, Ankerplatz.

Sachs u. Resch Brühl 4 Eke Hainstrasse.

Molkereien Ernst Beyrich, Sidonienstr. 9.

Musik-Instrumente M. Bauer, Ll., Aurelienstr. 17 (Eing. Josselstr.)

Obst, Gemüse E. Reichert Nachf., Reitzenh. Str. 3.

Optiker, Mechaniker Wilh. Mützlitz, Kolonnadenstr. 32.

Photographen O. Gehler, fr. Pinkau u. Gehler, Turnerstr. 11. Tel. 5189.

Bruno Riedel Peterssteinweg Ecke Hainstr. (Lad.)

Planoforte Carl Rothe, Königstr. 6.

Porzellan, Glas Ad. Seelenfreund, Universitätsstrasse 8.

Putz, Modes E. Dietrich, Co., Bornaische Str. 42.

Willy Freund Dresden Marg. Friedlob, Tauchaer Str. 92.

Ross-Schlächtereien O. Kranz, Plagwitz, Mühlenstr. 24.

Schirme, Stöcke E. Eberhardt, Eisenbahnstr. 48.

Schleifereien Bertolini, Zeitz. Str. 83, geg. Volksh.

Schuhw., Schuhmacher A. Adelmann, Eisenbahnstr. 69.

Warenhäuser Adlers Warenhaus, Gohlis, Aeus. Halleische Strasse 107.

Zahn-Ateliers R. A. Feine L.-Neust., Eisenb.-Str. 7.

B. Massloff Königstr. 4, I. Tel. 9898.

Schreibwaren C. Jungmann, Plagw., Zsch. Str. 30.

Eisen- u. Stahlwaren H. O. Hartung, Pl., Mersb. Str. 28.

Tapeten, Linoleum, Wachs G. Flohmig fr. Richter, Windmstr. 43.

Teppiche, Gardinen Altberg u. Sallisch, Schützenstr. 15.

Uhren, Goldwaren Herm. Albert, Eisenbahnstr. 50.

M. Kemski N., Rabatt. Sämtliche Nürnberger-Str. 6 Waren sowie Reparaturen ohne Preisaufschlag.

Otto Meschke, Strasse 76.

Br. Opitz, Uhrmacher, Kleinzech., Dieskaustrasse 27.

Rauffuss Trauringe Reichsstr., Ecke Schuhmacherg. 1.

Rich. Schneider, Uhrmacher, Stött., Arnoldstr. 22.

C. Schumann, Strasse 10.

Herm. Schwarz, Li., Mersb. Str. 95.

Warenhäuser Adlers Warenhaus, Gohlis, Aeus. Halleische Strasse 107.

Zahn-Ateliers R. A. Feine L.-Neust., Eisenb.-Str. 7.

B. Massloff Königstr. 4, I. Tel. 9898.

Helene u. Charl. Schmidt Reudnitz, Kohlgartenstrasse 45.

Versäumen Sie nicht Ihre Firma in das Bezugsquellen-Verzeichnis der Leipziger Volkszeitung aufnehmen zu lassen. Da der zu diesem Zwecke noch verfügbare Raum beschränkt ist, so verlangen Sie durch Postkarte oder Telefon (2721) umgehend den Besuch eines Vertreters in dieser Angelegenheit.

Leipziger Angelegenheiten.

Geschichtskalender. 4. Mai 1521: Luther wird auf die Wartburg gebracht. 1826: Naturforscher Huxley geboren.

Sonnenaufgang: 4.26, Sonnenuntergang: 7.20.
Mondaufgang: 6.51 früh, Monduntergang: 11.47 abends.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 5. Mai:
Südwestwinde, Bewölkungzunahme, keine erheblichen Niederschläge.

Beteiligung an der Meißeler.

Ueber die Beteiligung der gewerkschaftlich organisierten Gewerkschaften an der Meißeler gibt nachfolgende Zusammenstellung Aufschluß:

Gewerkschaften	Wahlberecht.	Stimmrecht	Präsidenten	Schlichter	Schlichter- Stellvertreter	Zusammen
Bäcker	89	7	94	8	18	161
Bauhilfsarbeiter	162	22	151	119	45	499
Bergarbeiter	9	1	—	—	—	10
Bildhauer	88	—	8	8	1	45
Böttcher	85	—	4	1	2	42
Brauer und Brauereiarbeiter	47	2	78	21	25	170
Buchdrucker	50	14	18	97	4	178
Buchdruckerhilfsarbeiter	—	—	1	18	—	17
Buchsticker	12	8	2	76	2	96
Bureauangestellte	—	—	1	—	—	1
Dachdecker	16	—	8	2	—	21
Fleischnager	10	—	1	—	—	11
Gastwirtsgehilfen	15	4	5	4	2	80
Freie Gewerbetreibende	2	2	14	10	1	29
Gläser	52	14	21	22	6	115
Hand- und Fabrikarbeiter	29	4	57	21	20	181
Häufner	59	1	2	1	—	63
Hornschneider	2	—	—	—	—	2
Hrileure und Barbiers	11	2	5	4	25	47
Härtner	5	—	—	—	—	5
Glaserarbeiter	7	—	1	—	—	8
Gemeinde- u. Staatsarbeiter	15	8	4	7	7	86
Handels- u. Transportarbeiter	137	14	180	84	80	895
Handlungsgehilfen	89	469	46	17	80	601
Holzarbeiter	250	59	151	182	53	695
Hutmacher	—	—	8	1	1	5
Kupfer- und Schmiede	24	—	—	—	1	25
Kürschner	2	28	49	1	4	84
Lagerhalter	21	6	18	14	11	70
Leinwand- u. Web- (Web- und Stroh- und Stein- drucker)	80	—	4	8	2	94
Malen und Lackieren	86	4	15	16	5	76
Maschinen- und Heizer	9	8	21	8	2	83
Maurer	821	81	818	218	75	1018
Metallarbeiter	821	65	201	101	128	901
Müller und Mühlenarbeiter	8	4	18	1	2	28
Musiker	1	—	4	—	1	6
Photographen	—	—	—	—	—	—
Rotenfelder	8	—	—	8	2	8
Portier- u. Bediener	9	—	8	—	—	5
Porzellanarbeiter	1	2	—	—	—	3
Sattler und Tapezierer	42	12	8	9	8	79
Schmiede	14	—	12	4	1	31
Schneider	41	40	9	14	1	105
Schuhmacher	161	1	8	5	—	175
Steinarbeiter	68	—	18	52	9	187
Steinsetzer	89	4	29	17	15	104
Stukkateure	88	1	22	10	10	79
Tabakarbeiter	88	—	8	5	1	42
Textilarbeiter	6	1	28	—	1	36
Töpfer und Ofenseher	20	8	8	17	14	62
Wäsche- u. Krautwäscher	—	2	—	—	—	2
Zigarrenfabrikanten	8	12	1	1	—	17
Zimmerer	162	8	69	72	34	840
Zirkel- und Steinsetzer	—	10	1	—	—	11
Zappdecker und Abspaltler	4	—	2	—	—	6
Verein der Hausangestellten	—	—	8	—	—	8
Marmorarbeiter	—	—	1	—	—	1
Blumenarbeiterinnen	—	—	1	—	—	1
Verband der Bühnenarbeiter	—	—	—	—	1	1
Handschuhmacher	4	—	—	—	—	4
Nur politisch organisiert*	71	20	89	58	15	248
Wangelhaft ausgeführt	84	25	32	20	18	174
Zusammen	2848	948	1827	1885	618	7421

* Nur politisch organisiert sind vorwiegend Ehefrauen und selbständige Gewerbetreibende.

Der 1. Mai und das Leipziger Tageblatt. Das die bürgerliche Presse auch in diesem Jahre wieder Gift und Galle auf die den 1. Mai feiernden Arbeiter speit, ist nicht besonders. Dennoch möge ein Artikel erwähnt sein, den das Leipziger Tageblatt, das unter der vorigen Chefredaktion nicht zu den unanständigen Blättern geworfen zu werden brauchte, aus der Berliner Zeitung am Mittwoch abdruckte. In dem Artikel heißt es:

Da werden die oben Wärfen von der Vernichtung des Klassenstaates, der Vereindung des Proletariats, der Auspowerung des

Volkes, der Verfechtung der herrschenden Stände endlos wiederholt und das alle Wahl wird mit unähligen „Seideln“ angefeuchtet, weil es sonst gar zu unschmackhaft wäre.

Das von uns feldgedruckte Wort „effe“ hat das hohle Leipziger Tageblatt hinein „korrigiert“, um die Wuthe der Berliner Zeitung am Mittwoch noch etwas „schmackhafter“ zu machen. Weiter wird dann die Polizei gebeten, bei Umzügen nicht gar zu viel „Bravour“ zu beweisen, „wobei schon in Rechnung gestellt ist, daß der großstädtische Mob kein ungefährlicher Gegner ist und daß die Polizei sich in der Minderheit befindet“. Es mag dahingestellt sein, ob das L. Z. die Maidemonstrationen hier direkt als den großstädtischen Mob hinstellen, oder ob es nur darauf hinauswollen wollte, daß sich derartige Elemente liberal da, wo etwas „los“ ist, hinzugesellen pflegen. Jedenfalls aber zeugt diese artige Kombination von der Vornehmheit des „liberalen“ Tageblattes gegenüber dem politischen Gegner.

Mittelstandschmerzen immerzu! Der Leipziger Schutverband für Handel und Gewerbe hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine nochmalige Eingabe an den Landtag zu richten, in der um Einführung einer Besteuerung der Großbetriebe, Warenhäuser usw. gebeten wird. Ferner will der Verband den städtischen Schulausschuß in einer Eingabe ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß beim Einkauf von Material für den Handarbeitsunterricht in den Schulen das Kleingewerbe berücksichtigt werde.

Die Bilderfrage in Leipzig. Der gemischte Ausschuß für Errichtung von Badeanstalten hat dieser Tage eine Reise nach Süddeutschland angetreten, um dort öffentliche Baderichtungen in Augenschein zu nehmen. Hoffentlich wird diese Reise dazu beitragen, daß endlich auch Leipzig Volksbäder erhält, wie sie in Großstädten bitter not tun.

Die Abonnementversicherung. Leipzig ist bekanntlich mit mehreren Blättern „gesegnet“, die ihr Dasein durch Versicherung ihrer Abonnenten fristen. Da ist es nun nicht ohne Interesse, zu hören, was Staatssekretär Dr. Meberding über die Abonnementversicherung im Reichstage ausgesprochen hat. Er sagte: „Was die Abonnementversicherung anlangt, so bin auch ich der Ansicht, daß in den letzten Jahren auf diesem Gebiet Erscheinungen hervorgetreten sind, die nicht nur Befremden, sondern bis auch lebhaften Unwillen erregen müssen. Der Abg. Wiedebert hat mit Recht die Gefahr seines Unmuts über diese Dinge geschwungen. Wir haben alle Veranlassung, die Ausartungen auf diesem Gebiet mit großer Sorgfalt zu verfolgen. Ich kann hier feststellen, daß die Regierung, namentlich auch das Reichsamt für Versicherungswesen, jetzt schon ihre Aufmerksamkeit diesen Erscheinungen zugewendet haben. Die Reichspräsident hat bei der Bekämpfung dieser Erscheinungen, die das Volkwohl schädigen, eine Heilung verfügt. Jetzt ist es anders geworden, die Reichspräsident hat in einem Falle eine Verurteilung ausgesprochen. In einem anderen Falle ist gleichfalls eine Verurteilung durch ein anderes Gericht erfolgt. Wir haben die Hoffnung, daß die Unternehmer derartiger Spekulationen sich dadurch warren lassen werden. Freilich sollte auch die Presse nach dieser Richtung wirken. Ein anständiges literarisches Unternehmen darf sich mit solchen Dingen überhaupt nicht befassen. Eine Abhilfe würde wohl erfolgen, wenn aus den Reihen der Presse heraus diese Mißstände entschieden bekämpft würden. Sollte mit Hilfe der Reichspräsident und der durch die Presse vertretenen öffentlichen Meinung auf diesem Gebiete sich eine vollständige Abhilfe nicht erzielen lassen, dann wird nichts anderes übrig bleiben, als den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten. Wollen wir aber diesen Weg betreten, dann dürfen wir nicht ein Gesetz schaffen, das sich nur mit der Regelung der privatrechtlichen Beziehungen befaßt, dann müssen wir weiter gehen. Das Haus kann übergeht sein, daß die Regierung diese Dinge mit Sorgfalt weiter verfolgen wird.“

Baurat Adolf Thiem †. Der Baurat und Zivilingenieur Adolf Thiem, ein bedeutender Vertreter der Wasserwerksbaukunst, ist gestern gestorben. Thiem hat an der Ausgestaltung der Raunhofer Wasserwerke gearbeitet und nach seinem Plan wird die Stadt das dritte Wasserwerk ausführen.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, 6. Mai, statt. Die Tagesordnung enthält u. a. folgende Punkte: Instandhaltung der Lindenauer Mühle, Neubau für die 11. Bezirksschule in Leipzig-Anger-Crottendorf, Abbruch eines Hausgrundstücks in der Seeburgstraße, Erhöhung des Anfangsgehalts für den Direktor des Statistischen Amtes, Feuerbestattungsanlage im Südfriedhof, Verkauf von Hausgrundstücken, Ueberlassung von Land in Erbpacht an die Baugenossenschaft des Leipziger Mietervereins, Leipziger Schülerwerkstatt, Vergebung der städtischen Steinmetzarbeiten, Eingabe der Bildhauer, Steinarbeiter und Stukkateure wegen Maßnahmen zur Bänderung der Arbeitslosigkeit in diesen Berufen.

Öffnung der Markthalle. An Sonn- und Feiertagen ist in Zukunft die städtische Markthalle geöffnet zur Einbringung von Waren, und zwar im Sommer von 1/2 bis 9 Uhr, im Winter von 9 bis 1/2, 10 Uhr vormittags. Der Einlass erfolgt durch Eingang V, Brüderstraße. Zum Einfahren dürfen nur Hand- oder ähnliche kleine Wagen benutzt werden. Zugelassen werden nur solche Waren, deren schleunige Ueberführung nach der Markthalle wegen drohenden Verderbens oder aus andern Gründen notwendig erscheint. Die Einbringung bedarf der vorherigen Anmeldung bei der Markthallenverwaltung; sie hat spätestens bis

7 Uhr abends des vorhergehenden Werktages zu geschehen. Dem Anmeldenden wird gegen Entrichtung einer Schreibgebühr von 50 Pfg. ein Erlaubnischein ausgestellt. Personen, die sich den Anordnungen der Beamten nicht fügen oder den Bestimmungen der Marktordnung zuwiderhandeln, kann die Erlaubnis zum Einbringen vom Rate verweigert werden.

Gesperet wird von heute ab für den Fahrverkehr auf die Dauer der Pflasterungsarbeiten die Marktthalenstraße. Die mit der städtischen Markthalle im Verkehr stehenden Fuhrwerke haben während dieser Zeit nur in der Brüderstraße oder am Hofplatz anzufahren. Auch die Liebigstraße wird von heute ab für den durchgehenden Fahrverkehr auf die Dauer der Erneuerung der Asphaltdecke von der Tal- bis zur Stephanstraße gesperrt.

Gefunden oder als herrenlos angemeldet wurden in der Zeit vom 16. bis 30. April 1908 folgende Gegenstände: Beträge von 20 Mk. — für 1 Mk. in Zahlung erhalten — und 10 Mk. Portemonnaies mit 14,66 Mk., 10 Mk., 7,13 Mk., 6,51 Mk., 8,51 Mk., 2,22 Mk., 2,15 Mk., 2,05 Mk. und 2,05 Mk. im Pompadour, 1 Portemonnaie mit Rosenkranz, 2 silberne Damen-Remontoiruhren, eine mit Kette, 1 silberne Damen-Remontoiruhr, 1 silberne und 1 stählerne Herren-Remontoiruhr mit Kette, 4 goldene Ringe, 1 goldenes Medaillon, 8 Nennmer, dabei 1 goldene, 6 Brillen, darunter 1 goldene, 2 Korallenarmbänder, 1 goldene Schloßnadel, 1 Pierisring, einige Versicherungsmarken, je 1 Kriegsbrennmarke von 1800 und 1870/71 am Bande, 1 Erinnerungskreuz von 1849, 2 Leihhauscheine, 1 Jachttang, 1 untergebaute Weste, 1 Weste (verkauft), 2 Pelzboas, 1 Damenschultertasche, 1 Paar neue Herrenschalenstiefel, 1 Tischläufer, eine Anzahl Schlüssel, mehrere Schirme, 1 Spazierstock mit silbernem Griff, 2 Duzend Stielgut-teller, 1 Milchkrug, 1 eiserne Notentüte, 1 kleiner Teerteller, 1 wollene Pferdebede, 1 Epigramm, 1 Automoblilaternen, 1 Fahrradtasche mit Werkzeugen, 50 Schlüsselbleche und 24 Handgriffe, 1 eiserne Kaffeetasse, 1 Bund Rosenpfeile, 1 Holzmodell für Formen, 1 Fahrrad, 1 vierradriger und 3 zweirädrige Handwagen; ferner als zugekauft: 1 Hund; als vermutlich gestohlen: 1 Fahrrad, Marke „Eule“, 1 Sommerüberzieher, 1 künstlicher Blumenstrauß, 1 Regulatoruhrgehäuse, 2 Perlenhandtaschen, 3 Kommodendecken, 1 Quantum Strickwolle.

Oridfrankenkasse. Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Geschäftsfunktionen der Oridfrankenkasse Mittwoch, den 6. Mai, und Donnerstag, den 7. Mai d. J., von mittags 1 Uhr ab für den Verkehr geschlossen.

Beim Armenamt sind im April an freiwilligen Gaben 211 Mark eingegangen. Außerdem wurden gesendet: Bekleidungsgegenstände, ein Zinschein, Güte für Infassen der Armenhäuser, Eintrittskarten zum Zirkus Angelo, gebrauchte Wäsche, Bücher, ein Zimmerüberapparat, 300 Stück Tischschulden, Eintrittskarten zum Zirkus Sidoli.

Die Leipziger Elektrische Straßenbahn beförderte im April 2 388 777 Personen und vereinnahmte 223 217 Mk. gegen 2 282 088 Personen und 216 061 Mk. im April 1907. Vom 1. Januar bis 30. April wurden befördert 9 320 203 Personen und vereinnahmt 864 181 Mk. gegen 8 715 520 Personen und 805 615 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Akt für männliche Obdachlose. In der Zeit vom 25. April bis 2. Mai wurden 124 Personen aufgenommen, während 4 zurückgewiesen werden mußten.

Statistischer Arbeitsnachweis Leipzig, Mühlengasse 24. Arbeitsmarkt im Monat April: 5252 Gesuche, davon sind eingegangen 1066 in der männlichen Abteilung und 8296 in der weiblichen Abteilung. a) Männliche Abteilung: 80 Arbeitslose wurden aus dem Vormonat übernommen und 1180 Arbeitslose neu eingeschrieben; 84 Aufträge wurden aus dem Vormonat übernommen und 776 Personen diesen Monat verlangt, 88 davon nach auswärts; 782 Personen wurden vermittelt, 38 davon nach auswärts. b) Weibliche Abteilung: 65 Arbeitslose wurden aus dem Vormonat übernommen und 1652 Arbeitslose neu eingeschrieben; 104 Aufträge wurden aus dem Vormonat übernommen und 1644 Personen diesen Monat verlangt, 18 davon nach auswärts; 1402 Personen wurden vermittelt, darunter 151 Dienstmädchen, 8 davon nach auswärts.

Schwurgericht. Ein Waffen-Revolver-Prozess, der circa 6-7 Wochen in Anspruch nimmt, wird am 6. Mai beginnen. Angeklagt sind der Gastwirt Reichert aus Ebnitz und 16 Genossen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Schilder.

Fleischvergiftung. An dem Genuß verdorbenen rohen Fleisches erkrankten am Sonnabend in der Wilmmerstraße in L-Schleußig fünf Personen. Vier von ihnen liegen schwer krank darnieder. Ein Kind von 3 1/2 Jahren, das gekochtes Fleisch genossen hatte, bekam heftiges Erbrechen, erholte sich aber schnell wieder. Das Fleisch war von dem Fleischermeister Kurt in der Schnorrstraße gekauft worden. Es liegt im Interesse der öffentlichen Sicherheit, daß eine strenge Untersuchung eingeleitet wird.

Vom Automobil tot gefahren. In Altenburg bei Raumburg a. S. ist gestern abend ein kleiner Knabe von dem Automobil eines hiesigen Firmeninhabers überfahren und schwer verletzt worden. Der Knabe wurde mit dem Automobil sofort nach Raumburg zu einem Arzte gebracht. Aber schon während der Fahrt ist das Kind seinen Verletzungen erlegen. Der Chauffeur hat dies der hiesigen Polizei gemeldet.

Vermisst wird seit dem 30. v. Mts. der am 1. April 1869 in Probstheiden geborene, in der Pegauer Straße in Leipzig-Connewitz wohnhaft gewesene Arbeiter Karl Hermann Stein. Der Verschwundene hat Selbstmordgedanken geäußert. Er ist klein und unterseht, hat blondes Haar, hellblonden Schnurrbart und längliches, blaßes Gesicht. Er trug einen schwarzen Gehrockanzug, schwarzen Winterüberzieher und schwarzen weichen Gut.



Sunlicht Seife

wird hergestellt bei Mannheim (Baden) in einer imposanten Fabrik, welche mit allen modernen Einrichtungen auf streng wissenschaftlichem und technischem Gebiete ausgestattet ist. Diese ist ein Musteretablisement. Die Qualität der Sunlicht Seife ist garantiert rein und unveränderlich!



Ferner wird seit dem 29. April der Hochschüler Karl Richard Wagner von hier vermisst. Der junge Mensch ist mittelgroß, schlank, blond, hat blaue Augen und trägt eine braun- und blaugestreifte Jacke, ebensolche Weste, dunkle Hose und schwarzen, steifen Hut.

Der Spionageprozess gegen Schwara beginnt am 1. Juni vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenate des Reichsgerichts. Die Verhandlung wird wahrscheinlich nicht öffentlich sein.

Eine Klugheitsbabe. In einer hitzigen Meinungsüberlegung ein Gast einem fremden Mädchen im Scherz seinen goldenen Brillantring im Werte von 300 Mk. Als er dann einmal austrat, verstand die Person mit dem Ringe. Sie ist etwa 22 Jahre alt, übermittelgroß, hat blondes Haar, spitze Nase und eine Zahnspitze im Oberkiefer. Die Unbekannte trug ein schwarzes Kleid, schwarzes Jackett und grünen Filzhut mit blauem Samtauflagen.

Uhrdieb. Jener Dieb, der sich in Uhrmacherläden Uhren vorlegen läßt und bei dieser Gelegenheit stiehlt, ist immer wieder aufgetreten, zuletzt in der Schützenstraße, wo er eine goldene Herren-Memontouruhr im Werte von 120 Mk. auf die Seite gebracht und mitgenommen hat.

Zum Handtäschchenraub. Zu der Mitteilung über einen Handtäschchenraub in der Montstraße ist noch hinzuzufügen, daß der Räuber der jungen Dame bereits das Handtäschchen mit einem Betrag von 62 Mark entziffen hatte. Die Befolgung des Täters hatten mehrere Herren aufgenommen. Einer von ihnen hat der Dame das Täschchen zurückgebracht. Die betreffenden Herren werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Kleine Polizeinachrichten. Bei einem Taschendiebstahl wurde in dem Wartezimmer eines öffentlichen Gebäudes in der Münzberger Straße eine 34 Jahre alte Frau abgefaßt. Die Diebin wurde der Polizei übergeben.

Ein 17jähriger Gaudediener aus Callenberg hatte sich nach Unterschlagung von Geldern aus Chemnitz entfernt. Der Verursacher wurde hier festgenommen.

Aus einer Wohnung der Oststraße stahl kürzlich ein schon oft bestrafter 30 Jahre alter Tapetierwerk aus hier 650 Mark und verpackte diese Summe in wenigen Tagen. Jetzt hat sich der Dieb selbst der Polizei gestellt.

Zu der Weststraße stahl ein 24 Jahre alter Arbeiter einem Einkäufer das Portemonnaie mit 300 Mark und verjübelte das Geld mit einem 29 Jahre alten Verwandten. Beide sind festgenommen worden. Dem Arbeiter fallen auch noch mehrere andere Diebstähle zur Last, wozu ihn ein 30jähriger Arbeiter angeklagt hatte. Dieser hatte auch den Verkauf der Sachen übernommen. Er wurde ebenfalls verhaftet.

Ein 46jähriger Schuhmachermeister wurde zur Verantwortung gezogen, weil er in einer Wirtschaft der Sternwartenstraße einer Frau, mit der er in Streit geriet, ein Bierglas auf den Kopf schlug. Dies hatte eine erhebliche Verletzung zur Folge.

Von einem Taschendiebe wurde in der Petersstraße eine Frau von auswärts das Portemonnaie mit 283 Mark gestohlen. Ferner sind auch in einem Geschäftshaus am Königsplatz Diebstähle verübt worden.

Diebe entwendeten aus einem Restaurant in der Eisenbahnstraße drei Eisenblech-Küchenschüssel von gelblicher Farbe, in der Münzberger Straße ein Fahrrad Erzähler, von einem Holzschiff während der Fahrt vom Wäldersplatz bis zum Freiadelsbahnhof ein Paket mit sechs Stücken verschiedenfarbigen Kleiderstoffs und aus einer Wohnung der Klosterstraße ein Sparbuch der Sparkasse Leipzig I Nr. 446 766 mit 164 Mark Einlage, für Auguste Selbig ausgestellt.

Aus der Umgebung.

Baunsdorf. Teilung der 8. Wählerklasse. Dem Gemeinderat lag in seiner letzten Sitzung eine Eingabe des Gemeinmännlichen Vereins vor, der sich auch der Vaterländische Verein angeschlossen hatte und in der um Teilung der unanständigen Wählerklasse ersucht wird. Es sollen hiernach die unanständigen Wähler bei einem Steuerjahre bis zu 36 Mk. zwei Vertreter, darüber hinaus einen Vertreter wählen. Nach einer Aufstellung würden danach der neugebildeten 1. unanständige Wählerklasse 33 Wähler mit einer Steuerleistung von 3015 Mk., der zweiten unanständigen Wählerklasse jedoch 418 Wähler mit einer Steuerleistung von 4406 Mk. angehören. Der Gemeinderat lehnte die Eingabe in seinen grundlegenden Tendenzen ab und stellte sich auf den Standpunkt, daß dieser event. neuzubildenden Wählerklasse bereits jetzt 2 Vertreter der Unanständigen im Gemeinderate angehören, die Interessen der besserstehenden Unanständigen also schon vertreten sind und ferner, daß in absehbarer Zeit ohnehin eine Aenderung der Landgemeindeordnung von der Regierung gesamt ist.

Gautsch. (Ueberfahren.) Am Sonnabend nachmittag wurde der 13jährige Schulknaabe Rahm auf der nach Böbiger

führenden Chaussee von einer Automobilbohrschle überfahren und ein großes Stück mit fortgeschleift. Der Knaabe hatte seinen kleinen Handwagen an ein Flegelgeschirr angehängt und wurde von dem Automobil in dem Augenblicke erfasst, als er sich nach diesem umschau. Er hatte sich dabei etwas zu weit von dem genannten Flegelgeschirr entfernt. Es mußte die sofortige Ueberführung des Verletzten in das Leipziger Stadtkrankenhaus erfolgen. Der Zustand des Kranken ist besorgniserregend. Ob den Chauffeur ein Verschulden trifft, ist noch nicht festgestellt.

Dehsh. Der Sommerfahrplan weist für den hiesigen Ort verschiedene Verbesserungen auf. Neu eingelegte Züge sind: von Dehsh nach Leipzig vorm. 6 Uhr 49 Min., 9 Uhr 35 Min., 11 Uhr 38 Min., nachm. 6 Uhr 59 Min. und 8 Uhr 12 Min. (letzterer nur Sonn- und Festtag). Von Leipzig nach Dehsh: vorm. 6 Uhr 14 Min., 8 Uhr 17 Min., 10 Uhr 51 Min., nachm. 4 Uhr 13 Min. und 10 Uhr 05 Min. (letzterer nur Sonn- und Festtag).

Zwenkau. (Von der Maisfeier.) Interessant dürfte es sein, zu erfahren, aus welchen Berufen sich die Versammlungsbesucher und Demonstranten zusammensetzten. Es waren vertreten: 32 Maurer, 34 Schuhmacher, 7 Baubüroarbeiter, 6 Binder, 5 Brauer, 1 Böttcher, 2 Bierfahrer, 6 Brauereiarbeiter, 15 Zimmerer, 3 Geschirrführer, 3 Lagerhalter, je 1 Klempner, Friseur, Käseerzeuger, Lagerist, Geschäftsführer, Kassierer, Expedient, Schneidemeister, Flegelbrenner, Wächter und Zigarrenarbeiter. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Brauer und ganz besonders die Bierfahrer eine unbeschreibliche Laune an den Tag legen. Regelmäßig liegt die Sache bei einem Teil der Schuhmacher.

Marxkränzdorf. Die Barbier- und Friseur- von Marxkränzdorf erhöhten vom 1. Mai ab infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse den Preis für Rasieren auf 15 Pfg. — Beim hiesigen polizeilichen Meldedienst kamen im Monat April 1908 319 Personen, darunter 151 Sachsen, 139 Angehörige der übrigen deutschen Bundesstaaten und 29 Ausländer zur Anmeldung, sowie 264 Personen, darunter 121 Sachsen, 133 Angehörige der übrigen deutschen Bundesstaaten und 10 Ausländer zur Abmeldung. Geboren wurden 23 Kinder, verstorben sind 11 Personen. Umgemeldet wurden 322 Personen. Die Einwohnerzahl betrug am 1. Mai 1908 7562 Personen.

Großdöllitz. (Gesperret.) Der von Großdöllitz nach Schleißitz bez. Kleinliebenau führende Verbindungsweg wird wegen Pflasterung vom 4. Mai ab auf die Dauer der Arbeiten für allen Fahrverkehr gesperrt.

Dehsh. (Selbstmord.) In seiner Bodenkammer in der Weinbergstraße wurde am Sonnabend ein 40 Jahre alter Kaufmann erhängt aufgefunden. Der Tote wurde bereits seit zwei Tagen vermisst. Geschäftliche Verluste dürften die Ursache zur Tat sein.

Büschena. Zur Zeichenkennung in Büschena wird und berichtet: Der auf Büschener Blut gelandete Leichnam ist der Depeschenträger Ernst Denke, genannt Müller, wohnhaft in Lindenau, Albertinerstraße. D. war seit 18. März als Depeschenträger bei der Post angestellt. Er ließ sich am 28. März einen sehr geringfügigen Fehler zuschulden kommen und wurde deswegen am 29. März gekündigt. Nach erfolgter Kündigung soll er sich herumgedreht und geweint, seinen Dienst an diesem Tage bis abends 9 Uhr aber noch versehen haben. Das Elternhaus hatte er nicht wieder aufgesucht.

Böbitz mit Leubsdorf. Die Impfung der im Jahre 1907 geborenen sowie der in den vergangenen Jahren impflichtig gewordenen, aber noch nicht oder ohne Erfolg getimpften Kinder, findet am 18. Mai 1908, nachmittags 4 Uhr, in der neuen Schule, städt. Spätkollegium, welche nicht hier geboren sind, müssen spätestens bis zum 9. Mai 1908 auf hiesigem Gemeindeamt behufs Aufnahme in die Impfliste unter Vorlegung der Geburtsurkunde (Familienstammbuch usw.) angemeldet werden. Kinder aus Häusern, in denen ansteckende Krankheiten herrschen, dürfen nicht in das Impfstoff gebracht werden, vielmehr ist hierüber dem Impfarzte vor dem Impftermine Meldung zu machen.

Gemeindevertreter-Konferenz.

Die Vertreter der Landgemeinden des Südostbezirks hatten sich gestern im Feldschlösschen zu Proßheida zu einer Besprechung zusammengefunden. Betreten waren die Gemeinden Thonberg, Stötteritz, Proßheida, Holzhausen, Wöckern, Liebertsdorf, Großpöna, Wachsen, Schönefeld, Störmitz, Dreinaundorf, Judelhausen, Langberg, Dehshitz, Wöhren. Vom Hauptvorstand waren vier Vertreter anwesend.

Das einleitende Referat hielt Genosse Müller, der darauf hinwies, daß die Tätigkeit der Genossen in den Gemeinderäten eine sehr beschränkte sei, einerseits durch die Beschäftigung, andererseits, weil sich diese Tätigkeit ausschließlich auf das kommunale Gebiet bezieht. Das größte Hindernis biete die veraltete, den Verhältnissen nicht mehr entsprechende Landgemeindeordnung, um so mehr, da die durch das Gesetz gegebene Möglichkeit der Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen durch die Entscheidungen der oberen Behörden zumächte gemacht würde. Gerade diese

Nichtöffentlichkeit bringe treffend den Masseneigensinn der Besessenen zum Ausdruck. Das zeige sich nicht nur in Schulungsangelegenheiten, bei denen alle Verbesserungsanträge unserer Genossen abgelehnt werden, sondern vor allem auch in Steuerfragen. Noch immer warte man auf eine durchgreifende Gemeindefiskalreform, auf eine gerechte Verteilung der Lasten. Die letzte Gemeindefiskalvorlage der Regierung habe bei den bürgerlichen Vertretern kein Entgegenkommen gefunden. In letzter Zeit sei man dazu übergegangen, den Weg, den Preußen schon seit längerer Zeit verfolgt, zu beschreiten, den Grundbesitz für die Steuern durch Einführung der Grundwertsteuer und der Wertzuwachssteuer. Eine stärkere Heranziehung des Grundbesitzes sei schon deswegen geboten, weil die Gemeinden für den Grundbesitz die größten Aufwendungen zu machen haben, wie bei Straßenbauten, Straßenreinigung usw. Von den neuesten gesetzgeberischen Maßnahmen sei die Vorlage über die Zusammenfassung der Bezirksverbände für die Gemeinden wichtig, die insofern etwas Neues bringe, als bestimmt sei, daß jedem Bezirksverbande in Zukunft auch drei krankversicherungsspflichtige Arbeiter angehören sollen. In unserm Gemeindeprogramm sei seit Jahren die Schaffung von Gemeindeverbänden gefordert, aber nicht als direkte Oberbehörden, sondern als Verbände, die die Gemeinden in die Lage setzen, gemeinsam kulturelle Aufgaben zu lösen. Die neuen Bezirksverbände würden aber, wenn die Vorlage Gesetz werde, nur im Verwaltungswege der Gemeinden einen Vorteil bilden, zu ihrer Entwicklung würden sie sehr wenig beitragen. Wie wenig die Bezirksverbände den Verhältnissen gerecht werden, zeige die Haltung des Leipziger Bezirksverbandes in der Einverleibungsfrage, bei der nicht das Interesse der Gemeinden, sondern lediglich das Bemühen, den Bezirk zu erhalten, maßgebend gewesen sei. Erinnert sei noch daran, welche Macht man diesen reaktionären Körperschaften durch die Wahlrechtsvorlage der sächsischen Regierung einräumen wollte. Ein Mißstand bestehe auch bei der Vergebung der Gemeindefunktionen. Vor allem sei darauf zu achten, daß in den Verträgen keine Streikauflage aufgenommen, und daß der Arbeitslohn durch die Gemeinde garantiert werde. Auch für eine Verbesserung der Armenfürsorge und der sozialen Beschäftigung, die in den Gemeinden arg vernachlässigt wurden, müsse mit aller Kraft eingetreten werden.

In der Diskussion wies Genosse Scheib auf die Verschleppartigkeit der Regulative für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen hin. Es sei notwendig, einmal die Bestimmungen zu sammeln und zusammenzustellen, um eine Uebersicht über die tatsächlichen Verhältnisse zu gewinnen.

Genosse Käthe trat für eine durchgreifende Aenderung der Armenbeschäftigung ein. Auch heute werde von den Gemeinden noch die Praxis geübt, wenn auch nicht mehr offen, sondern mehr in verdeckter Form, die Armen abzuschleppen. Eine Besserung sei nur dann möglich, wenn die Armenfürsorge vom Staate übernommen werde. Daß heute in den Gemeinden nur Interessenpolitik getrieben werde, zeige sich am deutlichsten bei der Aufstellung von Bewohnungsplänen und dem Festsetzen der Bauweisen. Hier seien sich unsere Genossen in den Gemeinderäten leider selbst nicht immer ganz im Klaren, was richtig und notwendig sei. Deshalb sei es angebracht, daß die Gemeindevertreter öfter zusammen kämen, um derartige Angelegenheiten zu besprechen.

Genosse Müllers wies auf die Schattenseiten des Submissionswesens hin, unter dem besonders die kleinen Gemeinden leiden, weil sie nicht in der Lage seien, technische Beamte aufzustellen.

In längeren Ausführungen ging Genosse Müller auf verschiedene Anregungen ein. Um eine gesunde Baupolitik treiben zu können, müßten sich die Gemeinden selber Areal sichern. Bei Aufstellung der Bewohnungspläne und dem Festsetzen der Bauweise sei besonders auf die technischen und hygienischen Fortschritte Rücksicht zu nehmen. Ein Vorteil könne unter Umständen durch die Aufhebung der „Mietgesetze“ und durch den Abschluß von Lieferungsverträgen für einzelne Gemeinden erzielt werden. Eine bedeutende finanzielle Schädigung sei den Gemeinden durch die Verordnung der sächsischen Regierung zugefügt worden, nach der ein beträchtlicher Teil der Sparkassengelder in Staatspapieren angelegt werden müßte. Ferner rügte der Redner, daß man die Genossen von den Ausschüssen, besonders von den Steuererschätzungscommissionen, ausschließe und ihnen so jeden Einfluß raube. Besserungen seien meist fruchtlos, anscheinend schon deshalb, weil sie von Sozialdemokraten ausgehen.

In der weiteren Debatte wurden die ungerechten Wahlregulative einzelner Gemeinden einer scharfen Kritik unterzogen. Allgemein wurde darauf hingewiesen, daß vor allem eine Aenderung dieser ungünstigen Wahlsysteme angeht werden müsse. Eine Besserung in den einzelnen Gemeinden lasse sich nur erzielen, wenn die Arbeiterpartei eine stärkere Vertretung in die Verwaltung bringe und eine genügende Kontrolle ausüben könne. Vorkünftig müsse man sich anlegen sein lassen, die bestehenden Mißstände immer und immer wieder durch die Presse öffentlich zu rügen.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Dienstag:
Speiseanhalt I (Bismarckplatz): Kartoffelsuppe mit Schinkenfleisch.
Speiseanhalt II (Königsplatz): Bohnen mit Rindfleisch.
Speiseanhalt III (Rathaus): Grüne Erbsen und Wöhren mit Pöttefleisch.
Speiseanhalt IV (Königsplatz): Fischsuppe mit Pfefferfleisch.
Speiseanhalt V (Münzbergstr. 52): Rindfleisch mit Rindfleisch.
Speiseanhalt VI (Königsplatz): Reis und Blumenkohl mit Rindfleisch.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Zentrum.
Poniatowskistrasse 4, I., eleg. Garçonlogis zu verm.

Westen.

Hausverwaltung ist zu vergeben, wer mein Klein-Produktengesch. faust, Wohnung best. aus 2 Zimmern, 1 gr. Schlafz., 1 gr. Küche, Storr. usw. Näheres Lindenau, Uhländstr. 25 im Laden.
Frdl. Wohnung, St. R., Rub., 1.7. wozu f. 220. A. Näh. Jahnstr. 71, III. r. Lind., Uhländstr. 14, pt. I., f. 20. Bitt. St. a. Schlafz. a. Grn. od. Dame.

Verkäufe und Käufe.

Damen-Monats-Garderobe aller Art, neu u. wenig getragen, billigst Schöner, Alexanderstraße 17, II. Reg.-Sonntage geöffnet!
Frachtv. Federbetten Gebett f. 20, 14, 18, 25, 33, 39, 45, zu haben. Selmar Kraft, Lind., Markt.

35 Schuhwarenkauftmannbill. 35
bei Lanko, Gerberstr. Nr. 35

Küchen-Handtücher

grau, gestreift, à Stück 30 Pfg. Ellsab. Haldorn, Dorobienstr. 2.

Irrigatorien

gebrauchsfertig, v. 1. A an
Sanitäts-Haus Kleinzschocher
Dieskaustraße 2.

l. h. Ferd. Scharf & Wwo. Martha Oehler.
Man achte genau auf obige Firma.

Bettwäsche.

Wegung mit Stiffen 2.75
Wettuch, 2m lang, ohne Nacht 1.50
Zinsets-Deckbett 4.25
Zinsets-Unterbett 3.75
bis zu den feinsten Qualitäten.

Hugo Blum

Reichsstr. 22 A, Koko Goldbadweg.
Zweiggeschäft: 1681.
Markt, Prov. Labenbau Nr. 8.
Fortzugshalber!
Sofa, Bettstelle mit u. od. Matratze, Bisher, Phonograph, Apparat, Perschieb. noch 1. v. L., Henricistr. 7, II.
Eleg. Sofa 33. A an, Bitt. m. Bf. 25, Geh. 28, Vert. 25, Trum. u. Wflsp., Tisch u. St. sp. Bl. Nonnenstr. 38b.

2 Semi-Emalilo-Bild., Bebel u. Ubn.,
preisw. u. Bl. Bethen. St. 56, II. r.

F. Regler 12, Kobsch. 10, Sofa, Tisch,
Spieg., St. b. U., Henricistr. 11, pt. I.

Zeinf., 2g. Sof., 3Richt., 1.5. Bettst.
m. W., 8 Pfg. b. U. Uhländstr. 12, I.

Umst. eleg. Plüschsofa m. Baneel-
auslag 35. A. v. Bf. Str. 6. S. pt. *

Gr. Kuchentisch, auch f. Schlachtb.
v. m. Umst. u. v. Bf. Nahstr. 81, pt.

Gr. Grndrtst. m. M. Sophienstr. 5, p. I.

Grammophon,

aus Privatband, spottbillig.
Bl., Diakonienstr. 4, I. I.

Bandoneon, 1001, Es-Dur, 1. v. Bf.
40. A. Co. Proßheidaer Str. 24, I. I.

Gehr. Nähmaschinen 15-25. A.,
neue auf Zeit, monatl. 5. A., Raffe 169, R. Kranloh, Peterstelnw. 10.

Gasfr. 85 Mk. 1 freil. Markt 2, IV.
Guterh. Kinderwag. m. Gr. u. Korz-
gefiel b. u. Leusch, Waldstr. 3, III. r.
Kinderwag. m. Gr. Kinderf. b. U.,
sehr gut erhalt. U. Uhländstr. 61, I. r.
Guterh. Kinderwagen u. Fahrrad
sp. b. U. GutsMuthsstr. 19, III. I.
Guterh. Kinderwagen m. Gummir.
bitt. 1. v. Lind., Deilmuthstr. 9b, III. I.
Fensterglas Eisenbahnstr. 14b.

Sitz- und Liegewagen zu
verkaufen. Albertstr. 14, S. III. r.

Sportwagen, gut erhalten, billig zu
verf. Schützstr. 16, I. I.

Ein Flug Tauben zu verkaufen.
Lindenau, Holteistr. 10, I.

Ein Zug- und Wägen zu ver.
Zwenkau, Schützenstraße 19 d.

Leihhaus (siehe f. E. Müller,
Ratharinenstr. 27, III. r.)

Arbeitsmarkt.

Stellen-Angebote

Okone Stellen finden ersag-
reiche Aufnahme in der
Leipziger Volkszeitung.

Bielbesseren Verdienst

durch ein schönes Nebeneinkommen,
können sich rechtlichaffene Herren
verschaffen ohne Störung des bis-
herigen Berufes. Vertretung er-
halten nur verheiratete Leute.
Genauere Adresse und Berufsange-
gabe an
Hfles Ferties, Stehsh-Kemath
bei Dresden erbeten. [10864]

Tüchtige Putzmaurer

werden eingestellt Loko Kaiser-
Wilhelm- und Kantstrasse.

Maurer werden sofort
eingestellt.

Mrs. Oetzsch-Raschwitz,
Bismarckstr. Boller Böhme.

Kartoffel-Vorkäufe.

Pa. Speisekartoffeln

magnam bonum, 10 Pfg. 30 Pfg.
Bentner frei Keller 2.75 Mk.
Schuhmachergässchen 3 | Teleph.
Gerberstrasse 43 | 4160.

Thüringer Speisekartoffeln

Magn. bon., sehr mehrl. emp.
Döhler, Schkeuditz, Auastr. *

Unterricht.

Privat-Tanz-Unterr.
zu jeder Zeit, auch Sonntags.
Dufourstrasse 22, H. Papst.
Hell. Dan. u. Herren zu empfehl.

Vermischte Anzeigen.

Leipziger Messe! 100 000 alte
Freunde der Reichsmännchen
Zauerchen treffen sich vorm
10 224 | * Hauptzelt bei Scholz.

Frack- u. Gehrockanz.-Dachs
Lohninstitut
Walther Dachs, Schneidermstr.
Katharinenstrasse 5.

Ihre Anzüge

w. wie „neu“ gereinigt u. gebügelt,
Nirgud 2.50 Mk. Abholung u. Sur-
senbung frei. Postkarte genügt an
Wäscherei „Undine“ Döllitz-Lolpzig.

Möbeltransporte
aus mit Wohnwagen und
Aufbewahrung
Brennert-Gas-Gitter
Reichstr. 8 a, Georgstr. 16. *

Kammerjäger Wagner wohnt jetzt
Lolpzig, Antonstr. 14.

4-5jähr. Mädchen u. tagsüb. i. Pfl.
gen. Lind., Aurelienstr. 36, S. I. L.

Klopstocks Jugendgeschichte.

Druckstud einer Klopstocksbiographie.

Von David Friedrich Strauß.

Diesen Brief schickte Bodmer zunächst an Klopstock, ihn der Geliebten zu übergeben. Klopstock wagte es nicht, schickte ihn aber an ihren Bruder, der von demselben sehr gerührt war, ihn der Schwester mitzutheilen und zugleich über die ganze Angelegenheit offen mit ihr zu reden versprach. Ueber all den Gemüthsbewegungen wurde Klopstock im Herbst 1749 von einer Krankheit befallen. Sie dauerte mehrere Wochen, während deren sich der Dichter viel mit der andern Welt beschäftigte. Am schwersten fiel ihm hierbei der Gedanke, vielleicht sein Gedicht unvollendet zurücklassen zu müssen, und er änderte für diesen Fall den Eingang zum dritten Gesange des Messias, der die Hoffnung auf Lebensfristung bis zur Vollendung desselben ausdrückt, im Sinne frommer Ergebung in die höhere Fügung um.

Was dies nur eine Variation, welche der Dichter für sich selbst und ohne sie dem Gedicht wirklich einzuverleiben entwarf, so hat er dagegen das Schicksal seiner Liebe demjenigen Teil desselben, an welchem er damals arbeitete, in dauernden Jügen eingegraben. Lazarus und Cibli in der ersten Bearbeitung, oder jehi Semida und Cibli, im vierten Gesange des Messias sind Klopstock und Fanny, Jener der durch Jesu Wunderkraft dem Leben wiedergegebene (Lazarus, oder jehi) Jüngling von Nain, wie diese die auferweckte Tochter des Jairus. Semida liebt Cibli; auch sie ist ihm, der schon als Knabe ihr Gespieler war, von Herzen gut, aber sie unterwirft sich dem Willen der Mutter, von der sie, zum Danke für das Wunder ihrer Wiederbelebung, Gott geweiht ist. Sein Liebesgram tut ihr so weh, als Klopstock wünschte, das der seinige seiner Fanny tun möchte, von der er gerne voraussetzte, daß sie seine Verwehungen nur aus Gehorsam gegen die Mutter ablehne, deren Widerstand in dem Gelübde von Ciblis Mutter idealisiert ist. Man fühlt, wie wohl es ihm tut, seine Fanny so empfindend zu denken, wie er Cibli im Anblick des liebestranken Semida reden läßt:

Ebler Jüngling! Um mich bringt er sein Leben mit Wehmut, Seine Tage mit Traurigkeit zu! Ach, war ich's auch würdig, Daß du so himmlisch mich liebst? war's deine Cibli auch würdig?

Lange schon wünscht' ich die Deine zu sein Aber ich schweig' und gehorche der Weisheit der liebenden Mutter,

Und der Stimme Gottes in ihr: dem ich gewidmet. Nur mußt du keine Betrübniß, Deine zärtlichen Klagen, du edler Jüngling, auch mindern! uß.

Dagegen Semida-Klopstock: Warum weint sie? Zu teure zärtliche Tränen! Wäre nur eine von euch um meinetwillen geweinet! Eine wäre Aiz Ruhe gewesen! Ich klage noch immer, Immer um sie! Mein Leben voll Qual, mein trauriges Leben. Ist noch immer von ihr ein einziger langer Gedanke.

Ach, da ich es, Cibli, noch wagte, Bitternd zu denken, du seist mir geschaffen: wie still war mein Herz da,

Welche Wonnen erschuf sich mein Geist Doch vielleicht . . . ich liebe Sie zu heftig! Wie kann ich zu sehr die lieben, mit der ich Jenes erhabene Leben vielmehr, als dies an dem Staube, Wünschte zu leben?

Aber das sei wohl Unrecht, meint Semida schließlich, in einem Augenblicke, wo seinem göttlichen Aufrechter Gefahr drohe, sich seinem persönlichen Kummer so hinzugeben, und er nimmt sich vor, seine ganze Seele auf den Ausgang zu richten, den die Sache Jesu nehmen werde: d. h. Klopstock flüchtet sich aus dem Gedränge seiner Liebes Schmerzen in seine Arbeit am Messias.

Geradezu aber sprach Klopstock seine Empfindungen für Fanny in einer Reihe von Oden und Elegien aus, die in diesen Jahren entstanden. Schon oben, wo wir über seine Universitätsjahre und akademischen Freundschaften berichteten, hatten wir einiger Oden zu gedenken, die er seinen Freunden widmete. Wir verschoben damals die nähere Erörterung derselben, um nun hier, wie vorhin die Anfänge seines Epos, so auch die Erstlinge seiner lyrischen Dichtung einer zusammenfassenden Betrachtung zu unterziehen.

Ueberschauen wir die Reihe dieser Gedichte, wie sie während der Jahre 1747 bis 1749 entstanden sind, so erfreut uns, was ihren Inhalt betrifft, die normale Entwicklung des jugendlichen Lyrikers. Von der Freundschaft geht er zur Liebe fort, während das Bewußtsein des Dichterberufes ihn hebt und trägt. Das Gefühl für Vaterland und Freiheit ist bereits vorhanden, und wird hervorgerufen, sobald ihm jene ersten jugendlichen Regungen Raum verstaten. Durchaus zeigt der junge Dichter einen ebenso ersten als garten idealen Sinn, einen religiösen Zug und einen Hang zu melancolischer Schwärmerci, den, wie er in seiner Natur lag, das Schicksal seiner Liebe ausbilden half. Die Form anlangend, sehen wir ihn, der dem deutschen Epos, mit Ablehnung der gerincnten Alexandriner oder Trochäen, das Bestmäh Homers und Virgils anzueignen suchte, ebenso in der Dreyf alle gereimten Versarten verwerfen, um sich an die antiken Formen der horazischen Ode und der Elegie zu halten, denen er in der Folge auch noch freiere selbstgebildete Maße hinzufügte. Den Widerwillen der schwizerischen Kunsttrichter gegen den Reim teilte Klopstock. Er schalt ihn ein plummes Wörtergepolter, einen schmetternden Trommelschlag, ein nichts sagendes Gleichgetöse. Er zürnte, daß das ausschließliche Klaffen auf den gleichklingenden Zeilenschluß das Gehör für den Rhythmus innerhalb der Zeilen abgestumpft habe. Und gerade das Rhythmische fein und bedeutsam auszubilden, glaubte er die deutsche Sprache vor andern berufen. Es bedarf heutigen Tags keiner Bemerkung, daß es mehr als nur Einseitigkeit war, aus der deutschen Dreyf (das Kirchenlied abgerechnet, wo ihn Klopstock übrigens auch mehr duldete als anerkannte) den Reim verbannen zu wollen; da wir vielmehr jetzt aus Erfahrung wissen, daß antik gemessene lyrische Gedichte — und um so mehr, je künstlicher die Maße sind — zur deutschen Poesie immer nur in dem Verhältnisse von Treibhauspflanzen zum Garten stehen können. Aber es gibt Zeitpunkte, wo Einseitigkeiten das Wahre sind. Im in deutscher Dichtung einen neuen Boden zu legen, waren für das lyrische Fach Klopstocks Horazische und dithyrambische Maße ebenso notwendig, als für das epische seine Hexameter. Aus dem tänzelnden epigrammatisch gespielten Wesen, dem französischen Menuettschritt, wie wir ihn in den Niedern selbst der besten Dichter des Zeitraums vor Klopstock herrschend finden, war nicht herauszukommen, wenn nicht eine Zeitlang die ganze Form in Verwurf getan, das Ohr an ganz andre Takte und Rhythmen gewöhnt

wurde. Mit dem Flügelsschlage der aelcischen Strophe gewann auch Gedanke und Wortausdruck einen fähneren Schwung; in den Akkorden der Sappho wagte auch das deutsche Gefühl endlich einmal rein und voll sich auszudehnen.

In der Ueberschrift derjenigen Ode, welche Klopstock später an die Spitze der Sammlung stellte, wie sie auch wirklich eine der ältesten ist, bekennt er sich als „Lehrling der Griechen“; während er sich in der Tat als Nachahmer des Römers und zwar einer bestimmten Ode desselben, mit Verührung zweier andern zeigt. In dieser Hinsicht steht nun aber die besprochene Eingangsode als Ausnahme da. Keine andre trägt mehr so im ganzen das Gepräge einer Nachahmung des Horaz; selten, daß Klopstock in der nächsten Zeit noch hie und da einen einzelnen Zug aus dem römischen Dichter aufnimmt, aber niemals, ohne denselben nach seiner ganz andersartigen Eigentümlichkeit umzugestalten. Ein Gedicht, welches zufällig am Schlusse der Reihe steht, die wir uns hier zur Betrachtung aufsersehen haben, mit der Ueberschrift: Die Braut, ursprünglich ein Gelegenheitsgedicht auf eine Hochzeit in der Verwandtschaft, ist geradezu ein Gegenstück des Gedächtnisses Rhoebus volentem proelia me loqui, Carm. IV., 15, oder in welchen Formen sonst der römische Dichter, mit Ablehnung ihm angemessener großer Gegenstände, seinen Beruf für die leichtere Gattung behauptet. Gerade umgekehrt sieht sich hier Klopstock, während er willens war, einmal ein Lied im Geschmacke von Anakreon oder Hagedorn zu singen, durch einen Wink der ersten Kranich abgemahnt:

Singe, sprach sie zu mir, was die Natur dich lehret! Jene Lieder hat dich nicht die Natur gelehret; Über Freundschaft und Tugend Sollen deine Gesänge sein.

Einen eigentümlichen Gang und Schwung nimmt gleich die zweite Ode der Sammlung, welche jetzt die Ueberschrift: Winplog trägt, während sie früher An die Freunde überschrieben war. So hat der Dichter auch alle aus der griechischen Mythologie entlehnten Hieerraten später, nicht zum Vorteil des Gedichts, mit Namen und Jügen aus der modischen verlauscht; wovon wir hier noch keine Notiz nehmen, sondern uns an die ursprüngliche Gestalt der Ode halten. Der Dichter, noch in Leipzig, will seine Freunde besingen, die Freunde, welche dort, teils durch ähnliche dichterische Bestrebungen, teils durch Einklang der Gemüter mit ihm verbunden waren; ein Kreis, in den auch ein auswärtiger, aber von allen Mitgliedern verehrt und geliebter Mann eingeschlossen wird. Erst ungewiß, in welcher Form, gebundener oder gefeßlos dithyrambischer, er sie singen soll, ist er doch der Würde und des Gehalts seiner Dichtung sich stolz bewußt:

So stößt der Waldstrom hin nach dem Ocean! So fliehet mein Lieb auch, flieh und gedankenvoll. Deß' spott' ist, der's mit Klügelbildern Höret und kalt von der Wölfe trüflet.

Nach der Reihe treten nun die Freunde in den Tempel, in welchem der Dichter sie empfängt. Erst Ebert, ungewiß, ob er vom Rindus, von den sieben Hügelchen oder von Albions Eilande, von der Beschäftigung mit griechischer, römischer oder englischer Literatur, kommt. Ihm folgt unter Polhymnias Vortritt der Odendichter Cramer, der einst Hermann sang, nun aber im Begeiff steht, zur religiösen Dichtung überzugehen; der göttliche Rabin, seiner früh verstorbenen Braut, wird mit zarter Wendung gedacht. Dem zärtlichen Gisele hierauf überreicht der Dichter Rosen, von Leobia noch heute mit Tränen der Rührung über ein Giseleleses Gedicht beneht. Er hat Klopstocks Herz beim ersten Anblick gewonnen, er soll diesen einst nach seinem Tode besingen, und dafür des Dichters Schußgeist der seinige werden. Nabener sodann, dessen stolzes und hervolltes Gesicht nur den Loren furchbar, den Freunden der Jugend aber liebenswürdig ist, wird ermahnt, sich in seinem stets gerechten Zorne auf die Torheiten der Menschen nicht irre machen zu lassen. Ebenso schon als bezeichnend für den Mann, dem sie gilt, ist sofort die Art, wie Gellert eingeführt wird:

Lied, werde sanfter, fliehe gelinder fort, Wie auf die Rosen hell aus des Morgens Sand Der Tau herabläuft: denn dort kommt er, Fröhlicher heut und entwölft, mein Gellert.

Dich soll der schönsten Mutter geliebteste Und schönste Tochter lesen, und geliebter Im Lesen werden, dich in Unschuld, Sieht sie dich etwa wo schlummern, küssen.

Nun werden nacheinander Ode, Kühnert, Nothe und Schmidt begrüßt; das eigentümliche Wesen Klopstocks aber tritt uns im folgenden Absatz der Ode entgegen, wo er neben den gegenwärtigen Freunden die künftigen, und insbesondere die künftige Geliebte vermischt, sich ihr Bild entwirft, und trauert, daß es bis jetzt nur ein weßloser Schemen ist. Diese Partie des Gedichts hat Klopstock hernach in der Elegie: Die künftige Geliebte, weiter ausgeführt. Der Gedanke an die ihm noch fehlende Geliebte hat den Dichter wehmütig gestimmt; er lehnt sich auf Freund Ebert, und läßt sich von ihm, dem Lebendbeträgen, den Weher reichen, der ihm das Auge wieder zu froheren Gesichten hell macht. In dem wallenden Opferpauche an Wachs Märc sieht er nun die Gestalten der entferntesten Freunde: Gärtners, in welchem den jungen Dichtern allzufrüh ihr aufrichtiger Beurteiler entrückt ward, und Hagedorns, der mit einem lauten Eban, Eweel begrüßt und als der Dichter des Weines durch eine allerliebste Horazische Parodie geschildert wird:

Ihn deckt' als Jüngling eine Lyäerin, Rast Orpheus Feindin, weißlich mit Neben zu. Und dies war allen Wassertrinkern Wundersam, und die in Tälern wohnen,

In die des Wassers viel von den Hügeln her Stürzt, und kein Weinberg längere Schatten streckt. So schlief er, keinen Schwäher fürchtend, Nicht ohne Götter, ein kühner Jüngling.

Freistillich wird weiterhin Hagedorn gegen engherzige Verkennung seines jovialischen Wesens in Schutz genommen: ihm schlage auch ein männlich Herz, sein Leben töne lautere Harmonien, als ein unsterblich Lied, im unsokratischen Jahrhundert sei er für wenige Freunde ein Muster. Den Zug beschließt der gleichfalls früh aus dem Kreise geschiedene J. A. Schlegel, dem gewünscht wird, daß er neben dem Dichter auch den Kritiker zeigen möge, damit, wenn etwa die goldene Zeit der Dichtung komme, der Mufenhain von undichterischem Pöbel gefäubert dastehle. Mit dieser Wendung hat sich der Dichter den Weg zum Schlusse gebahnt. Ja, sie möge kommen, die goldene Zeit, welche die Sterblichen selten niederklassen. Schöpfepfeil gehe ihr die Natur, die Nachahmerin Gottes, zur Seite, um große Geister, genialische Seelen zu erzeugen. In der Tat, schon hört der Dichter sie mit Sphären-

ton, von niedrigen Geistern unternommen, daher wandeln, mit ihr die Dichter des Altertums und der neueren Zeit, die nun segnend auch unter den Deutschen ihresgleichen hervorgehen sehen.

Es kann natürlich nicht unsere Absicht sein, alle einzelnen Oden Klopstocks in dieser Weise durchzugehen; nur auf diejenigen gehen wir näher ein, welche zur Kenntnis seiner Eigentümlichkeit oder seines Entwicklungsgangs von Bedeutung sind, und dies sind freilich von den früheren mehrere als von den späteren. Der schönen Abschiedsode An Gisele ist schon oben gedacht, sie schlägt zum erstenmal jenen elegischen Trennungston an, der dann in der Ode An Ebert zum wirklichen Sterbegeläute wird. Das Scheiden eines Freundes nach dem andern ruft in dem Dichter den Gedanken des letzten Scheidens auf; er stellt sich die traurige Einsamkeit vor, wenn einst von dem ganzen Kreise nur er und Ebert noch übrig sein werden:

Wenn mir nicht mehr das Auge des zärtlichen Gisele lächelt; Wenn, von der Maduin fern, Unser redlicher Examer verwehlt; wenn Gärtners, wenn Nab'ner Nicht sokratisch mehr spricht; Wenn in des edelmütigen Gellert harmonischem Leben Jede Saite verstummt; . . .

Ebert, was sind wir alsdann Wir Beweichte des Schmerzes, die hier ein trüberes Schicksal Länger als alle sie lieb?

Und wie vollends dann, wenn von den übrig gebliebenen beiden der eine noch stirbt —

Bin dann ich der Einsame, bin allein auf der Erde: Wirkst du, ewiger Geist, Seele, zur Freundschaft erschaffen, du dann die leeren Tage Sehn und fühlend noch sein?

So wälzt der Dichter seinen Todesgedanken weiter und weiter, bis er ihm endlich erliegt, und uns in einer Stimmung zurückläßt, die uns an die Youngschen Nachgedanken erinnert, welche Klopstock damals gerne las, oder an den Nachpersonschen Ossian, der bald hernach aus derselben Zeitstimmung erwuchs, und ihr die gleichsam ansteckende Wirkung verdankte, die er besonders auch in Deutschland hervorbrachte. Bekanntlich ist diese Ode auch dadurch merkwürdig, daß die in derselben ausgesprochene Ähnung eingetroffen ist, und Klopstock sämtliche hier genannte Freunde wirklich überlebt hat.

(Fortsetzung folgt.)

Das politische Studententum vor hundert Jahren.

V. Das Wartburgfest.

Das Wartburgfest hat eine Reihe zeitgenössischer Geschichtsschreiber gefunden. Am besten informiert, die umfassendsten scheinen die Schriften des Burschenschafters Ferdinand Wahmann und des Professors Kießer. Wahmanns sehr hübsche und lebenswerte Schrift führt den Titel „Kurze und wahrhaftige Beschreibung des großen Burschensfestes auf der Wartburg bei Eisenach am 18. und 19. des Siegesmondes* 1817“ und erschien 1817 ohne Ort und anonym. Kießers Schrift kam 1818 zu Jena unter dem Titel heraus: „Das Wartburgfest am 18. Oktober 1817 in seiner Entstehung, Ausföhrung und Folgen. Nach Mitteilungen und Augenzugriffen.“

Die Idee des Wartburgfestes geht auf den Giechener Burschenschaftler Karl Hoffmann, den Sohn des Ridelheimer Advokaten, und den Jenerer Burschenschaftler Ferdinand Wahmann zurück. Jena und anfangs auch Halle bemächtigten sich dieser Idee mit Lebhaftheit. Ihr Inhalt geht am besten aus dem „Sendeschreiben der Jenaischen Burschenschaft an sämtliche protestantische Universitäten Deutschlands“ hervor. Das Schreiben wurde am 11. August 1817 an die Universitäten zu Berlin, Breslau, Erlangen, Gießen, Göttingen, Greifswald, Heidelberg, Kiel, Königsberg, Leipzig, Marburg, Moskau und Tübingen abgeschickt — diejenigen Universitäten also, die eine protestantisch-theologische Fakultät hatten. Deshalb man die protestantischen Universitäten herausgriff, das zeigen schon die Eingangsworte.

„Geh! zuvor! Lieben Freunde! Da in diesem Jahre das Reformationsjubiläum gefeiert wird, so wünschen wir, gewiß mit allen braven deutschen Burschen, indem man überall dieses Fest festlich zu begehen gedenkt, es auch in unsrer Art zu feiern . . . Da auch das Siegesfest der Schlacht bei Leipzig in diese Zeit fällt, so sind wir darüber einig geworden, dieses Fest am 18. Oktober 1817 und zwar auf der Wartburg bei Eisenach zu feiern, weil . . . auf diese Art . . . wir . . . das Fest in drei schönen Beziehungen, nämlich der Reformation, des Sieges bei Leipzig, und der ersten freubigen und freundschaftlichen Zusammenkunft deutscher Burschen von den meisten vaterländischen Hochschulen am dritten großen Jubiläum der Reformation“ begehen können . . . und so weiter. Im Namen der Jenerer Burschenschaft unterzeichnete Robert Wesselhoff, Student der Rechte. Das Einladungsschreiben wurde nach Kießer von allen genannten Universitäten beantwortet, ausgenommen die zu Breslau, Greifswald und Königsberg. Wahmann berichtet, daß den Breslauern vom akademischen Senat zu Breslau: „er Zugung zum Wartburgfest verboten worden sei, daß andererseits aber, während auch die Hallenser sich wegen zeitweilig zerrütteter studentischer Zustände nicht beteiligten, selbst Repräsentanten der katholischen Universität Würzburg teilgenommen haben. Die Antwortschreiben fließen über von Freude und Begeisterung über den Vorschlag der jenaischen Burschenschaft.“

Die Wartburger schrieben am 2. September 1817: „Schon ehe wir eure Einladung erhielten, hatten sich mehrere hiesige Bursche dazu entschlossen, den Tag so vieler neuen Gestaltungen, den 18. Oktober, auf der ehrwürdigen Wartburg zu feiern. Deshalb haben wir eure Einladung um so bereitwilliger angenommen . . . Wir hoffen, daß der Geist der deutschen Vaterlandsliebe und des Freiheitsfinnes den Vorhitz haben, und allen Parteigeist darniedertretend eine lauchende Zukunft uns bereiten wird. Wir wünschen euch alles Glück . . .“

Und die Tübingen unterm 1. September 1817: „Euren Gruß, liebe deutsche Brüder, erwidern wir . . . Euer Vorschlag, auf der Wartburg am 18. Oktober mit Burschen von allen deutschen Hochschulen zusammen zu kommen, wurde mit allgemeinem Beifall . . . angenommen, und wenn von uns es nur möglich ist, wird sich zur festgesetzten Zeit einfinden . . . Wer sollte auch nicht

* Siegesmond heißt der Oktober darum, weil er der Monat der Leipziger Schlacht gewesen ist. * 1817—1817.

